

Verordnungs-Sammlung

f ü r d i e

Herzogl. Braunschweigischen Lande.

3^{ter} J a h r g a n g 1 8 1 6.



Braunschweig,

gedruckt in der Fürstlichen Waisenhaus - Buchdruckerei.

I.

I n h a l t

d e r

in dem 3^{ten} Jahrgange der Verordnungs-
Sammlung

b e f i n d l i c h e n N u m m e r n.

- I. (1.) **V**erordnung wegen Aufhebung des Abzugs-
rechts zwischen Sachsen-Weimar und Braun-
schweig. D. D. Braunschweig, den 6ten Ja-
nuar 1816.
- II. (2.) Verordnung, den Friedensdienst der Herzöglich
Braunschweigischen Husaren betreffend. D. D.
Braunschweig, den 5ten Februar 1816.
- III. (3.) Verordnung, die an die französische Regierung
zu machenden Forderungen betreffend. D. D.
Braunschweig, den 6ten Februar 1816.
- IV. (4.) Fürstl. Geheime-Raths-Collegii Bekanntmachung
vom 5ten März 1816, die Aufhebung des un-
term 3ten Julii v. J. erlassenen Verbots der

I n h a l t.

Ausfuhr von Kriegsbedürfnissen ins Ausland betreffend.

- V. (5.) Verordnung vom 14ten März 1816, die Zulassung des Rechtsmittels der Supplication bei Fürstl. Appellations-Commission in Civil- und Ehefachen betreffend.
- VI. (6.) Verordnung vom 6ten Mai 1816, die Zahlung der Hälfte des Betrages der bei Fürstl. Generalkasse ausgestellten Zins-Rückstands-Scheine betreffend.
- VII. (7.) Verordnung vom 28sten May 1816, die Verwilligung eines General-Pardons für die Deserteurs betreffend.
- (8.a.) Verordnung, die nochmalige Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betreffend.
D. D. Braunschweig, den 7ten Julius 1816.
- VIII. (8.b.) Verordnung vom 9ten Julii 1816, die Verwendung des Werths und Schadens-Ersatzes bei solchen Holzfreveln, wo der Eigenthümer des gestohlenen Holzes nicht in Erfahrung zu bringen, betreffend.
- IX. (9.) Verordnung, die Prorogation des zur Einrichtung der Liquidationen gegen Frankreich durch die Verordnung vom 6ten Februar 1816 festgesetzten Termins betreffend. D. D. Braunschweig, den 22sten Julius 1816.
- X. (10.) Verordnung vom 19ten August 1816, die Verlängerung des, zur Eröffnung der niedern Jagd festgesetzten Termins bis zum 1sten Octbr. d. J. betreffend.

I n h a l t.

- XI. (11.) Verordnung, das Verbot des Verkaufs der von der hiesigen Bibel-Gesellschaft ausgegebenen Bibeln etc. betreffend. D. D. Braunschweig, den 14ten September 1816.
- XII. (12.) Verordnung vom 3ten October 1816, die in neuern Zeiten errichteten Mühlen betreffend.
- XIII. (13.) Verordnung vom 15ten October 1816, das Verbot und die Bestrafung der Beschädigungen öffentlicher Anpflanzungen betreffend.
- XIV. (14.) Verordnung wegen eines mit den Fürstl. Häusern Waldeck und Pyrmont, Lippe und Schaumburg-Lippe zu Wolfenbüttel zu errichtenden gemeinschaftlichen Ober-Appellations-Gerichts. D. D. Braunschweig, den 13ten December 1816. —
- (15.) Verordnung vom 13ten December 1816, die in Wolfenbüttel errichtete Lehn- und Gränz-Commission betreffend.
- XV. (16.) Verordnung vom 19ten December 1816, das Fürstl. Leihhaus betreffend.
- XVI. (17.) Verordnung vom 19ten December 1816, die Liquidation der Landesschulden betreffend. —
- (18.) Verordnung, die Forderungen betreffend, welche an die Landes-Verwaltung aus dem Zeitraume vor der Westfälischen Usurpation gemacht werden. D. D. Braunschweig, den 19ten December 1816.
- (19.) Verordnung, die Zahlung der zweiten Hälfte des Betrages der bei Fürstlicher General-Casse ausgestellten Zins- Rückstands-Scheine betref-

I n h a l t.

fend. D. D. Braunschweig, den 19ten Decem-
ber 1816.

- (20.) Verordnung, die abermalige Verlängerung der
Frist zur Anmeldung der Hypotheken betreffend.
D. D. Braunschweig, den 23sten December
1816.
-

II.

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

z u r

Verordnungs-Sammlung

d e s J a h r s 1 8 1 6.

Seite

Abzugsrecht, dessen gänzliche Aufhebung zwischen Sachsen-Weimar und Braunschweig, und Ausdehnung der schon früher zwischen beiden Ländern bestandenen Freizügigkeit in Hinsicht der herrschaftlichen Diener und Geistlichen auf sämmtliche Unterthanen der beiderseitigen Lande	1 — 2
Anpflanzungen, das Verbot und die Bestrafung der Beschädigungen derselben	93 — 100
Appellations-Commission, die Zulassung des Rechtsmittels der Supplication bei derselben .	49 — 51
— Uebergang ihrer Geschäfte an das Ober-Appellations-Gericht	102
Appellations-Gericht, s. Ober-Appellations-Gericht.	

B.

Beschädigungen der Bäume und Pflanzungen, das Verbot derselben, s. Pflanzungen.

Bibeln, das Verbot des Verkaufs der, von der hiesigen Bibelgesellschaft ausgegebenen .	77 — 78
Blei, die Aufhebung des Verbots der Ausfuhr desselben	45

D.

Deserteurs, der denselben bewilligte General: Pardon	57 — 60
-------------------------------------------------------------------	---------

F.

Forderungen, die an die französische Re: gierung zu machenden	33 — 44
— Beauftragung der Landesschulden-Liquidations: Commission mit deren Untersuchung	34
— Bestimmung der Arten derselben, welche al: lein geltend gemacht werden können	34 — 37
— Ganz unzulässige Reclamationen	38
— Erfordernisse der einzureichenden Documente.	—
— Insbesondere bei Reclamationen von Cau: tions- und Depositen-Gelder, von Munici: palkassen geleisteten Vorschüssen, auf Posten abgelieferten, aber nicht an die Behörden gelangten Geldern, wegen unbezahlt geblie: bener Anweisungen auf französische Cassen, von Gold-Rückständen, Civil- und geistli: chen Pensionen, für Hospital-Verpflegung französischer Militair-Personen; desgleichen bei Entschädigungs-Forderungen für durch Demolitionen verursachte Schäden	38 — 41
— Ferner bei Forderungen für geleistete Liefe: rungen	41
— Art und Weise der Bezahlung und Verzin: sung dieser Forderungen	42 — 43
— Bestimmung des Termins, binnen welchem dieselben anzumelden	43 — 44

Register.

IX

Seite

Forderungen, die Prorogation des Termins bis zum 1sten November 1816	69 — 70
— die, welche aus dem Zeitraume vor der West- phälischen Usurpation an die hiesige Lan- des-Verwaltung gemacht worden . .	128 — 131
— Festsetzung des Zeitraums bis zum Schlusse des Monats Februar 1817, als peremtori- schen Termins zur Anmeldung derselben .	129 — 150
— Verfügung, daß nach dessen Ablauf die Bü- cher der Landes-Schulden-Liquidations-Com- mission über diese Forderungen geschlossen, die seit dem Ablauf des Termins des 30sten Juli 1816 aber eingekommenen Anmeldun- gen sowohl, als die bis zum 28sten Febr. 1817 ferner einkommenden, von der genaun- ten Commission vorschriftsmäßig untersucht, und darüber eine nachträgliche Uebersicht im März 1817 aufgestellt werden soll . . .	130 — 151
Forstfrevel, s. Holzfrevel.	
Frankreich, die an dasselbe zu machenden For- derungen, s. Forderungen.	

G.

General-Pardon, für die Deserteurs vom hie- sigen Truppen-Corps	57 — 60
— Bestimmung der Frist, binnen welcher die Deserteurs sich zu stellen haben	58
— Desgleichen der Militairs, welche von diesem General-Pardon gänzlich ausgeschlossen sind.	59
Gränz-Commission, die in Wolfenbüttel errichtete	106 — 107

H.

Holzfrevel, die Verwendung des Werthes und Schaden-Ersatzes bei solchen, wo der Eigen-	
-------------------------------------------------------------------------------------------	--

Register.

Seite

thümer des gestohlenen Holzes nicht in Erfahrung zu bringen	65 — 67
Husaren, den Friedensdienst derselben	5 — 31
— Vorzügliche Bestimmung derselben	5
— Nothwendige persönliche Eigenschaften derselben	6
— Dienstverhältniß des Commandeurs	—
— Ernennung der Offiziere, Unteroffiziere und Gemeinen	6 — 7
— Sie sind der militärischen Disciplin unterworfen	7
— Bestimmung der Fälle, in welchen sie sofort des Dienstes entlassen werden können	—
— Equipirung derselben	7 — 8
— Heilung der kranken Husaren, so wie ihrer kranken Pferde auf öffentliche Rechnung	8
— Geschäfte und Standort des Wachtmeisters	—
— Sitz des Chefs der Schwadron und Uebersicht der Vertheilung der Compagnien	8 — 11
— Unterbringung und Verpflegung der Husaren	11
— Pflichten der Chefs der Compagnien und Abtheilungen	—
— Entschädigung der Husaren, wenn sie Nachts des Dienstes halber auswärts bleiben müssen	11 — 12
— Deren gewöhnliche und wesentliche Dienste	12 — 14
— Deren außerordentliche Dienste	14
— Das von denselben zu beobachtende Verfahren bei Verhaftnehmungen, Visitationen, Volksaufständen oder Zusammenrottirungen, öffentlicher Strafvollziehungen, Escortirung öffentlicher Wagen und Effecten, Transportirung von Gefangenen	14 — 18
— Die Correspondenz der verschiedenen Abtheilungen unter einander	18 — 19
— Die Musterung der Husaren und Führung	

Register.

XI

Seite

der Musterungs- und Disciplinar-Register, Dienstbücher und Dienst-Journals	19 — 21
— Nähere Bestimmungen über das Dienstver- hältniß derselben	21 — 27
— Strafbestimmungen für die Vergehen derselben	27 — 30
— Dienstbericht des Chefs an Fürstl. Geheimen- Raths-Collegium	30 31
Hypothesen, Anmeldung derselben — die noch- malige Verlängerung der Frist dazu bis zum 31sten December 1816	61 — 62
— fernerweite Erstreckung dieser Frist bis zum 31sten December 1817	135 — 136
J.	
Jagd, niedere, die diesjährige Verlängerung des zur Eröffnung derselben festgesetzten Termins bis zum 1sten October	75 — 74
K.	
Kriegsbedürfnisse, die Aufhebung des unterm 3ten Juli v. J. erlassenen Verbots der Aus- fuhr derselben, als von Waffen, Munition, Pulver, Blei, Salpeter u.	45
L.	
Landessschulden, die Liquidation derselben	117 — 127
— Wiederholung der frühern Bestimmung über den Gegenstand und Zweck dieser Liquidation, die Untheilbarkeit der ursprünglichen kassigen Verschreibungen und die Absicht der verfüg- ten Einrichtung der Westphälischen Staats- papiere	118 — 121
— Festsetzung des Zeitraums bis zum Ablauf des Monats Junius 1817, als peremptorischen Termins zur Einreichung der Westphälischen Papiere sub Litt. C, Ca. und Cb., des	

- ren Inhaber auf ältere hiesige Verbriefungen Anspruch zu haben verneinen . . . 121 — 123
- Die Liquidations-Commission hat den Liquidanten, welche nur für einen Theil der ältern Verschreibungen Westphälische Papiere eingeliefert haben, alle zu Bewirkung einer gütlichen Uebereinkunft diesen Nachrichten mitzutheilen und in Entstehung einer solchen Uebereinkunft die ältern Obligationen mit den betreffenden Acten an F. Landesgericht einzusenden . . . 123 — 124.
- Welches mit der richtlichen Entscheidung der qu. Ansprüche beauftragt ist . . . 124 — 125
- Wie die Liquidations-Commission zu verfahren, wenn in Ansehung einer Ansehung einer oder der andern ältern Verbriefung bis zu dem festgesetzten Termine nur ein Theil der dafür ausgelieferten Westphäl. Papiere eingekommen 125
- desgleichen, wenn der jetzige Inhaber der Westphälischen Papiere die erforderliche Vollmacht oder Cession von dem, welcher die hiesige ältere Verbriefung zum Umtausch eingereicht, nicht erhalten könnte, oder der letztere sich über die Wiederabtretung der betreffenden Westphäl. Papiere mit deren jetzigem Inhaber nicht würde einigen können . . . 126
- Ebenfallsige specielle Beauftragung des F. Landesgerichts mit der Entscheidung dieses Streits —
- Was wegen der, nicht hier, sondern in Cassel zum Umtausch gegen Westphäl. Papiere ausgelieferten Verbriefungen zu beobachten . . . 126 — 127
- die über die auf die Landessschulden rückständigen Zinsen ausgestellte Scheine, s. Zinsrückstandsscheine.

Register

XIII

Seite

Landesverwaltung, die an dieselbe aus dem Zeitraum vor der Westphäl. Usurpation gemacht werdenden Forderungen, s. Forderungen.	
Lehn- und Gränz-Commission, die in Wolfenbüttel errichtete	106 — 107
Leihhaus, das Fürstl. Leihhaus hieselbst . . .	109 — 116
— Anderweite Verlängerung des Stundungsbriefts dieser Anstalt	110 — 111
— Bestimmung des Termins, wenn mit der Rückzahlung der vor dem 1sten Nov. 1813 aufgenommenen Anlehne der Anfang gemacht und der Grundsätze, nach welchen dabei verfahren werden soll	111 — 115
Liquidation, die der Forderungen, welche gegen die Krone Frankreich gemacht worden, s. Forderungen.	
— der Landesschulden, s. Landesschulden.	

M.

Moratorium, das des F. Leihhauses hieselbst .	110 — 111
Mühlen, die in neuern Zeiten errichteten . . .	81 — 91
— Aufhören der Berechtigung aller seit dem 1sten Januar 1808 neu angelegter Mühlen oder Mahlgänge aller Art mit dem 1sten Jan. 1817	84
— öffentliche Vorladung derer, die gegen die Beibehaltung derselben ein Widerspruchsrecht zu haben vermeinen, gänzliches Erlöschen das Recht derer, die darauf bis zum 1sten April 1817 nicht angetragen haben und einstweilige Befugniß derer, welche solches gethan, zur Fortsetzung des Gewerbes	84 — 86
— Termin, binnen welchem die Gerichte die nachgesuchte Vorladung zu verfügen haben, und die peremptorische Beschaffenheit und Art und Weise	

der Bekanntmachung der in der öffentlichen Vorladung anzusehenden Termine	86 — 88
— die in Entstehung der Güte zu fallenden richterlichen Erkenntnisse und die dabei zu berücksichtigenden Punkte	88 — 90
— Benachrichtigung der Fürstl. Cammer von dem Inhalte eines jeden rechtskräftigen Erkenntnisses	90 — 91
Munition, die Aufhebung des Verbots der Ausfuhr derselben	45

D.

Ober-Appellations-Gericht, das mit den Fürstl. Häusern Waldeck und Pyrmont, Lippe-Deimold und Schaumburg-Lippe zu Wolfenbüttel zu errichtende gemeinschaftliche	101 — 105
— Termin des Uebergangs der Geschäfte der bisherigen F. Appellations-Commission an selbiges	102
— Namen und Geschäftskreis desselben	103
— Einstweilige Gültigkeit der für die Appellations-Commission erlassenen Verordnungen über das Verfahren und den Prozeßgang, auch die Sporteln für das Ober-Appellationsgericht bis zur Publikation einer gemeinschaftlichen Ober-Appellationsgerichts-Ordnung	103 — 104
— Gesetze, nach welchen das Gericht die zu ihrer Entscheidung gebrachten Rechtsachen zu beurtheilen hat	104
— Uebergang der bei der Appellations-Commission anhängigen Prozesse an das Ober-Appellationsgericht	—
— Durch welche Behörden die Vollstreckung seiner Erkenntnisse zu besorgen	104 — 5.
Obligationen, ältere hiesige, s. Landessschulden.	
— Westphälische, s. Landessschulden.	

Register.

XV

Seite

P.

Pardon, General: für die Deserteurs, s. General-Pardon.

- Pflanzungen, das Verbot und die Bestrafung der Beschädigungen öffentlicher 93 — 100
- Strafe der unbefugten Entwendung oder unbrauchbar machenden Beschädigung eines Baums 95
- Desgleichen des unbefugten Entwendens, Beschädigens oder Abbrechens einzelner Zweige oder eigentlicher Sträucher, der Baumstangen und anderer Befestigungs- oder Befriedigungsmittel, so wie auch des Anhauens oder Einreißens der Vorker 95 — 96
- Bestimmung der Cassen, wohin diese Geldstrafen fließen 96
- Verbindlichkeiten des Beschädigers zum Schadens-Ersatz und Bestimmung, wie selbiger zu leisten 96 — 97
- Verbindlichkeiten der Aeltern, Lehrherren, Vorsteher von Erziehungs-Anstalten und Vormünder zur Leistung dieser Strafe und Schadensvergütungen für ihre Kinder, Dienstboten, Zöglinge und Pflegebefohlene 97 — 99
- Strafe der Wiederholung der qu. Vergehen 99
- Belohnung der Denuncianten 99 — 100
- Polizei, die Mitwirkung der Husaren-Schwadron zur Handhabung einer guten Landes-Polizei, s. Husaren.
- Pulver, die Aufhebung des Verbots der Ausfuhr desselben 45

R.

- Rechtsmittel, die Zulässigkeit des der Supplication bei Fürstl. Appellations-Commission 49 — 51

Rückstandsscheine, über die unbezahlten Zinsen
der Landesschuld, s. Zinsrückstandsscheine.

S.

Salpeter, die Aufhebung des Verbots der Ausfuhr desselben	45
Schulden des hiesigen Landes, deren Liquidation, s. Landesschulden.	
Stundungsbrief, Erneuerung des dem Fürstl. Leihhause hieselbst ertheilten	110 — 111
Supplication, die Zulässigkeit des Rechtsmittels derselben bei Fürstl. Appellations-Commission in Civil- und Chesachen	49 — 51

W.

Waffen, die Aufhebung des Verbots der Ausfuhr derselben	45
-------------------------------------------------------------------	----

Z.

Zinsrückstandsscheine, die Zahlung der ersten Hälfte des Betrags der bei Fürstl. Generalkasse ausgestellt	55 — 56
— die Zahlung der zweiten Hälfte desselben	132 — 135
— Bestimmung der Papiere, gegen deren Aushändigung und des Zeitpunkts, wenn selbige geleistet werden soll	132 — 133
— Wie es mit der Zahlung der rückständigen Zinsen an diejenigen Staatsgläubiger, welche wegen noch nicht beendeter Liquidation ihrer Forderungen mit Zinsrückstandsscheinen noch nicht versehen sind, zu halten ist	133 — 134

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 1.

Braunschweig, den 15. Januar 1816.

- (1.) Verordnung wegen Aufhebung des Abzugsrechts zwischen Sachsen-Weimar und Braunschweig. D. D. Braunschweig, den 6. Januar 1816.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Vatters, Herrn Carl, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Demnach in Gemäßheit des Art. 18. der am 8ten Juni 1815 zu Wien abgeschlossenen deutschen Bundes-Acte und in Folge einer darauf gegründeten Uebereinkunft mit der Großherzogl. Sachsen-Weimarschen Regierung, die schon früherhin zwischen beiden Landen be-

standene Freizügigkeit in Hinsicht der Herrschaftlichen Diener und Geistlichen auf sämtliche Unterthanen der beiderseitigen Lande ausgedehnt worden, so hat sich hienach ein Jeder, welchen es angeht, gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigesetzten
Scheimen Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 6ten Januar 1816.



Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorf.
v. Schleinig.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro}. 2.

Braunschweig, den 13. Februar 1816.

- (2.) Verordnung, den Friedens-Dienst der Herzoglich Braunschweigischen Husaren betreffend. D. D. Braunschweig, den 5ten Februar 1816.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg 2c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg 2c.

Da es erforderlich ist, die Bestimmung der im activen Dienste verbleibenden Husaren-Schwadron näher festzusetzen, so verordnen Wir darüber hiedurch Folgendes:

§. 1.

Die Schwadron Husaren ist vorzüglich dazu bestimmt, um die öffentliche Ruhe und Sicherheit aufrecht zu erhalten, und den Obrigkeiten des Landes in ihren polizeilichen und gerichtlichen Verrichtungen beizustehen.

§. 2.

Zum Dienste eines Husaren darf keiner genommen werden, der nicht völlig sicher und von unbescholtenem Rufe, auch des Lesens und wo möglich des Schreibens kundig ist.

Sämmtliche Unterofficiere aber müssen außerdem fähig seyn, einen zusammenhängenden schriftlichen Aufsatz zu machen.

§. 3.

Der Chef der Husaren ist in militairischer Hinsicht dem Commandeur des activen Truppen-Corps untergeordnet und erstattet demselben die ordnungsmäßigen periodischen Berichte. In Ansehung der übrigen auf die öffentliche Sicherheit und allgemeine Polizei Bezug habenden Functionen steht er unmittelbar unter dem Fürstl. Geheimen-Raths-Collegio, an welches er über die allgemeinen Gegenstände zu berichten und Verhaltungsmaasse einzuholen hat.

§. 4.

Die Officiere werden von Uns auf Vorschlag des Commandeurs des activen Corps ernannt und entlassen; desgleichen die Unterofficiere, jedoch diese auf den Vorschlag des Chefs der Schwadron, welcher darüber zuvörderst mit dem Oberhauptmann des Bezirks, in welchem das vorzuschlagende Subject zuletzt sich aufgehalten, zu communiciren und dessen Gutachten über die persönliche Qualification des Vorzuschlagenden dem Commandeur mit einzusenden hat.

Die Husaren werden, insofern sich zu dem Dienste freiwillig Subjecte melden, von dem Chef der Schwadron ernannt, jedoch nach vorheriger Communication mit dem betreffenden Oberhauptmann. Macht dieser gegen die Qualification des Vorzuschlagenden Erinnerungen, und der Chef der Schwadron glaubt demungeachtet von seiner Wahl nicht

zurückgehen zu müssen; so ist an das Fürstl. Geheimen-Raths-Collegium zur Entscheidung zu berichten.

Im Falle, daß es an freiwilligen Subjecten zu diesem Dienste ermangeln sollte, hat der Chef des Corps den eingetretenen Abgang dem Commandeur des activen Militairs einzuberichten, damit dieser wegen der Ergänzung das Erforderliche einleite.

§. 5.

Die Husaren-Schwadron ist der militairischen Disciplin, also auch den Kriegs-Artikeln unterworfen. Begangene Verbrechen aber und erlittene Criminalstrafen, mehrmals wiederholte Dienstfehler, die Gewohnheit, sich zu berauschen, und endlich widerrechtliche Expressungen jeder Art, wenn solche gleich nur einmal geschehen würden, bewirken ohne Unterschied des Grades sofortige Entlassung vom Dienste, und hat nicht allein der Chef der Husaren, oder der Commandeur des activen Militairs, sondern auch der Oberhauptmann des Bezirks das Recht, darauf anzutragen.

Die Entlassung zur Strafe aber geschieht ohne Abschied, und bewirkt so wenig eine Erlassung von der allgemeinen Militairpflicht, daß vielmehr in solchem Falle der bisher wirklich gethane Dienst gar nicht in Anrechnung gebracht wird.

§. 6.

Die Officiere equipiren sich selbst. Die Bedienten derselben dürfen nicht Husaren seyn. Für die Unterofficiere und Soldaten wird Sattelzeug, Fußzeug, Armatur und Montirung auf Anfordern des Chefs aus dem Magazine geliefert, welcher persönlich verantwortlich ist, daß keine Effecten verloren gehen, ohne durch den Schuldigen sogleich ersetzt zu werden.

Jeder der Unterofficiere und Husaren erhält ein Pferd auf so lange, als er im Dienste ist; der Abgang, welcher sich ohne Schuld des Husaren ereignet, wird ersetzt.

In Krankheitsfällen sind die Husaren auf öffentliche Rechnung zu curiren, und zwar im Militair-Hospitale, wenn an dem Orte ihrer Station sich ein solches befindet, oder die Natur ihrer Krankheit einen Transport dahin zuläßt: wo aber dieses nicht der Fall ist, werden die Kosten in den Zahlrollen mit liquidirt.

Zur Behandlung kranker Pferde sind die Thierärzte oder Kurtschmiede der Gegend, deren sich die pferdehaltenden Einwohner bedienen, zu gebrauchen, und die Kurkosten, insofern selbige nicht durch Fahrlässigkeit veranlaßt sind, in die Zahlrollen mit aufzunehmen.

§. 7.

Der Wachtmeister ist, unter Aufsicht des Majors, mit dem Zahlwesen und dem Materiellen überhaupt, so wie mit der Correspondenz beauftragt, und verbleibt daher stets in der Station des Majors.

§. 8.

Der Chef der Schwadron hat seinen Sitz in Braunschweig, die Compagnien aber werden sectionsweise im ganzen Lande nach folgender Uebersicht vertheilt:

I^{ste} Compagnie.

Stations - Ort.	Officiere.			Unterofficiere.		Mannschaft.
	Rittmeister.	Lieutenant.	Cornet.	Seergeant.	Corporal.	
1 ^{ste} Abth. Braunschweig	—	1	—	—	2	20
" " Wolfenbüttel	—	—	—	—	—	4 incl. 1 Gefr.
" " Salver . . .	—	—	—	—	1	3
" " Bettmar . . .	—	—	—	1	—	3
2 ^{te} Abth. Helmstedt .	1	—	—	—	1	5
" " Königsbutter .	—	—	—	—	1	3
" " Schöppenstedt	—	—	—	—	1	3
" " Hassen . . .	—	—	—	1	—	4
3 ^{te} Abth. Borsfelde .	—	—	1	—	—	4
" " Galsörde . . .	—	—	—	1	—	3
	1	1	1	3	6	52 incl. 1 Gefr.

2^{te} Compagnie.

Stations-Ort.	Officiere.			Unterofficiere.		Mannschaft.
	Brigadier.	Lieutenant.	Cornet.	Écuyerant.	Corporal.	
1 ^{te} 21 ^{te} h. Eeßen . .	1	—	—	—	1	8
" " Gargburg . .	—	—	—	1	—	3
" " Lutter a. Abge.	—	—	—	—	1	3
" " Gamberghelm	—	—	—	—	1	3
" " Breine . . .	—	—	—	—	—	4 incl. 1 Gefr.
2 ^{te} 21 ^{te} h. Golsminnen	—	1	—	—	—	6
" " Eschershausen	—	—	—	—	1	4
" " Dittenstein . .	—	—	—	1	—	3
" " Stadtholzenborf	—	—	—	—	—	4 incl. 1 Gefr.
3 ^{te} 21 ^{te} h. Blantenburg	—	—	1	—	1	4
" " Haffelfelde . .	—	—	—	—	1	3
" " Balfenried . .	—	—	—	1	—	3
	1	1	1	3	6	48
						incl. 2 Gefr.

Der Stallmeister und der Ober-Thierarzt bleiben dem Stabe in Braunschweig attachirt, von den Trompetern aber werden zwei in Braunschweig und zwei in Seesen stationirt.

§. 9.

Die Oberhauptleute werden dafür sorgen, daß die in jedem Orte stationirte Mannschaft gegen den ihr zugebilligten Service untergebracht werde, und so nahe als möglich zusammen wohne.

§. 10.

Natural = Verpflegung keiner Art darf ein Husar an den Orten fordern, wo er stationirt ist; seine Fourage erhält er geliefert, und für Brodt und Fleisch und sonstige Bedürfnisse die reglementsmäßige Vergütung an Gelde.

§. 11.

In Ansehung der Abwartung der Pferde, auch der eigenen Reinlichkeit, bleiben die Husaren, so wie in allem übrigen, der Militair = Disciplin unterworfen, und haben deshalb alles dasjenige zu beobachten, was bei der Feld = Cavallerie vorgeschrieben und herkömmlich ist, und was deshalb etwa ferner angeordnet werden wird.

§. 12.

Die Chefs der Compagnien haben den Hauptort jeder Abtheilung alle Monate wenigstens einmal, die Chefs der Abtheilungen aber diese dergestalt fleißig zu besuchen, daß sie sich selbst beständig von der Regelmäßigkeit der Dienstführung derselben überzeugen.

§. 13.

Weder Officiere noch Unterofficiere erhalten auf diesen oder andern vermöge des Dienstes zu unternehmenden Con-

ren freie Beköstigung; wenn aber der Husar genöthigt ist, über Nacht des Dienstes halber auswärts zu bleiben, so erhält der Husar 5 Ggr. und der Unterofficier 6 Ggr. für jede Nacht, wenn deshalb gehörige Bescheinigungen beigebracht werden.

§. 14.

Die gewöhnlichen und wesentlichen Dienste der Husaren sind folgende:

- 1) Alle zu ihrem Bezirke gehörige Ortschaften auf allen dahin führenden Haupt- und Nebenwegen zu bereisen, und zwar dergestalt, daß jede zu einem Bezirke gehörige Gemeinde alle 14 Tage wenigstens einmal besucht werde.
- 2) Alle Nachrichten, welche ihnen auf diesen Reisen und sonst über etwaige Verbrechen oder Polizei-Vergehen zukommen, den betreffenden Behörden sogleich mitzutheilen.
- 3) Verbrecher zu verfolgen, besonders aber der Diebe und Straßenräuber, so wie ähnlicher schwerer Verbrecher, habhaft zu werden zu suchen, und überhaupt alle Verbrecher, die auf frischer That betroffen sind, oder blutige Waffen tragen, so daß von ihnen die geschehene Vollbringung eines Verbrechens zu vermuthen ist, zu ergreifen.
- 4) Deserteurs zu ergreifen, und fremde Werber, wo sie selbige antreffen, zu arretiren.
- 5) Jeden tumultuarischen Zusammenlauf und öffentliche Zänkereien zu zerstreuen und aufrührerische Zusammenrottirungen nöthigenfalls mit Gewalt, jedoch unter Beobachtung der §. 21. enthaltenen Bestimmungen, auseinander zu treiben.
- 6) Jede Person zu ergreifen, welche Thätlichkeiten gegen die persönliche Sicherheit oder gegen die Sicher-

heit des öffentlichen oder Privateigenthums verübt; mithin auch solche, welche den Wäldern, Erndten, Bäumen, Hecken, Mauern und Gräben, sey es durch Diebstahl oder aus Muthwillen, Schaden zufügen, wenn sie nämlich solche auf frischer That ertappen.

- 7) Die Erheber der öffentlichen Gelder, Executoren und Gerichtsdienner, überhaupt alle Vollstrecker obrigkeitlicher Befehle, in ihren Amtsberrichtungen zu schützen.
- 8) Wenn auf Wegen oder im Felde todte Körper gefunden, oder aus den Flüssen gezogen werden, davon sogleich der nächsten Obrigkeit, so wie ihren vorgesetzten Officiers, Nachricht zu geben.
- 9) Desgleichen über Feuersbrünste und die sie begleitenden Umstände, über Einbrüche und Mordthaten und im Allgemeinen über alle Verbrechen, welche auf frischer That entdeckt werden, ungesäumt der Obrigkeit Nachricht zu geben.
- 10) Auch alle Anzeigen ohne Unterschied, welche ihnen über die Urheber begangener Verbrechen oder deren Mitschuldige gemacht werden, dem Gerichte mitzutheilen.
- 11) Auf Bagabonden und Leute ohne bekannten Stand und Gewerbe strenge zu wachen, solche der Obrigkeit anzuzeigen und in ihrer Hinsicht die durch die Gesetze vorgeschriebenen Sicherheitsmaaßregeln zu befolgen, zu welchem Ende auch die Polizei-Obrigkeit den Husaren die Listen derjenigen Personen mitzutheilen hat, welche sie vorzüglich im Auge behalten sollen.
- 12) Gegen die Bettler in Gemäßheit der bestehenden Verordnungen zu verfahren.
- 13) Gefangene und Verurtheilte zu transportiren und ihre Entweichung zu verhindern.

- 14) Die Polizei auf den Gassen und öffentlichen Wegen zu handhaben, auf die Sicherheit der Brücken zu achten, die freie Passage zu sichern, die Fuhrleute anzuhalten, daß sie bei ihren Pferden bleiben, und diejenigen zu ergreifen, welche daselbst durch Unvorsichtigkeit oder Nachlässigkeit, durch ein zu schnelles und unvorsichtiges Fahren oder auf eine sonstige Weise andere beschädigt haben.

§. 15.

Alle diese Verrichtungen sollen fortdauernd von den Husaren geschehen, ohne daß es deshalb einer Aufforderung von Seiten der Civil-Obrigkeit bedarf.

§. 16.

Der außerordentliche Dienst der Husaren besteht in der Vollziehung der Aufträge, welche ihnen von den Behörden zugehen. Ueber alle Unternehmungen, welche sie im außerordentlichen Dienste verrichten, haben sie vollständigen Bericht zu erstatten.

§. 17.

Die Behörden, welche eine Verhaftnehmung verlangen, müssen den Husaren, so viel als möglich, das Signalement der zu arretirenden Person zustellen; ist sie arretirt, so wird sie von Abtheilung zu Abtheilung an den Bestimmungsort geführt.

§. 18.

Die Husaren haben das Recht, bei Tage die Wirthshäuser, Gasthöfe und andere dem Publico offen stehende Häuser zu besuchen, um diejenigen Personen, deren Verhaftnehmung ihnen aufgetragen ist, aufzufinden, und sich zu dem Ende über die sich darin aufhaltenden Fremden Aus-

kunst geben zu lassen. Visitationen aber, bei Tage oder bei Nacht, können nur auf ausdrückliche schriftliche Autorisation von der Obrigkeit oder in eiligen Fällen unter Begleitung des Ortsvorstehers vorgenommen werden.

§. 19.

In das Haus eines Privatmannes können die Husaren nur in dem Falle den Eintritt verlangen, wenn sie dazu schriftlichen Befehl von der Obrigkeit erhalten haben. Sie können es aber im Falle des Verdachtes, daß ein Schuldiger sich in selbiges geflüchtet, bis zur Einlangung solches Befehles beobachten.

§. 20.

Die Husaren sollen bei der Ausübung ihrer Dienstpflichten die möglichste Schonung und Höflichkeit beobachten; werden sie darin beleidigt, oder gar verletzt, so ist der Schuldige von der competenten Obrigkeit, den Umständen nach, mit angemessener Gefängniß- oder härterer Strafe zu belegen; auch kann derselbe, wenn er sich thätlich vergreift, von den Husaren sogleich arretirt und vor die Obrigkeit geführt werden.

§. 21.

Wenn die Husaren aufgefördert sind, oder in dem Falle sich befinden, Volksaufstände oder Zusammenrottirungen zu zerstreuen, so sollen sie nicht anders die Gewalt der Waffen gebrauchen dürfen, als wenn Gewaltthätigkeiten gegen sie selbst verübt werden, oder wenn sie auf keine andere Weise ihren Posten behaupten, oder ihre Gefangenen vertheidigen können: außerdem darf die Gewalt der Waffen nur Kraft eines Beschlusses der Obrigkeit und in deren Beisein gebraucht werden.

§. 22.

Die Anzeigen über ein begangenes Verbrechen oder über eine Verhaftnehmung sollen durch den Commandirenden

sogleich ohne allen Anstand der betreffenden Behörde, innerhalb deren Bezirks die Verbrechen begangen, oder die Ungeschuldigten verhaftet sind, gemacht werden. Dem Officier, unter dessen Befehlen die Abtheilung steht, wird davon Meldung gethan, und diese in das Tagebuch der Abtheilung eingetragen und davon an den Chef der Division Bericht erstattet.

§. 23.

Verhaftsbefehle in peinlichen Fällen kann die competente Behörde durch die Husaren dem Beschuldigten bekannt machen und gegen denselben vollstrecken lassen.

§. 24.

Husaren-Commando's, welche bei Hinrichtungen und sonstigen öffentlichen Strafvollziehungen requirirt werden, versehen dabei bloß den Dienst als Polizeiwache, um die gute Ordnung aufrecht zu erhalten, Aufstände zu verhüten, die Entweichung der Schuldigen zu verhüten und die Justizbedienten bei der Verrichtung ihres Amtes vor Störungen zu schützen.

§. 25.

Die Husaren können auch nöthigen Falls von den Behörden aufgefordert werden, öffentliche Gelder, Transporte von Schießpulver, die Briefpost und Postwagen und andere öffentliche Wagen zu begleiten.

§. 26.

Bei dem Transporte der Gefangenen haben die Husaren folgendes zu beobachten:

- 1) Ein Verzeichniß der Effecten aufzunehmen, welche der Gefangene bei sich führt, wenn ihnen solches nicht zugestellt wird. Für selbige Effecten ist der Husar

von diesem Augenblicke an verantwortlich. Selbstes wird jedesmal von dem vorhergehenden Husaren an den, welcher ihn ablöst, bis zum Bestimmungs-orte des Gefangenen übergeben.

- 2) Waffen, scharfe Instrumente und solche Effecten, deren der Gefangene sich zu seiner Entweichung bedienen könnte, sollen ihm weggenommen und jedesmal an den ablösenden Husaren mit obgedachtem Verzeichnisse übergeben werden. Alle übrigen Effecten können dem Gefangenen gelassen werden, nur ist darauf zu sehen, daß er durch Verkauf, Verschenken oder sonst nichts davon abhanden bringe.
- 3) Bei der Ueberlieferung des Verhafteten in das Gefangenhaus haben sich die Husaren die Uebergabe des Verzeichnisses und der darin bemerkten Effecten bescheinigen zu lassen.
- 4) Die Commandeurs der Abtheilungen haben sich bei jedem Transporte eines Gefangenen über die Befolgung dieser Bestimmungen Rechenschaft geben zu lassen.

§. 27.

Verhaftungen dürfen die Husaren nur vornehmen:

- 1) wenn Jemand auf frischer That betroffen wird,
- 2) oder sie mit einem von der competenten Obrigkeit erteilten Verhaftsbefehle oder Verurtheilung zum Gefängniß versehen sind, und
- 3) außerdem in den §. 14. Nro. 3, 4, 11, 12, 14, bemerktlich gemachten Fällen.

Jede Verhaftung, welche außer vorstehenden Fällen vorgenommen werden würde, wird als willkührliche Arrestirung betrachtet, und die Officiere, Unterofficiere oder Husaren, welche solche befohlen oder ohne Befehl unternommen haben, vor das gewöhnliche Gericht gezogen und nach der Strenge der Gesetze auf das Schärfste bestraft.

§. 28.

Jede durch die Husaren arretirte Person, gegen welche kein Verhaftsbefehl ergangen ist, soll sogleich vor die nächste Polizei-Obrigkeit gebracht, und kann nicht eher in ein Gefängniß geführt werden, bis die competente Behörde dazu den Befehl gegeben.

Nur allein in dem Falle, wenn ein auf frischer That Verhafteter, wegen Abwesenheit der Obrigkeit, nicht sogleich verhört werden kann, soll derselbe in einem öffentlichen Gebäude, oder in einem Wirthshause so lange verwahrt werden, bis er vor die Obrigkeit geführt werden kann, welches aber unter keinem Vorwande über 24 Stunden verschoben werden darf.

Ein Arrestant, der zum Militair gehört, soll, sobald als möglich, an die nächste Militair-Behörde abgeliefert werden. Jede Abweichung von diesen Vorschriften wird als eine willkührliche Verhaftung bestraft.

§. 29.

Jede unnöthige Strenge, welche bei der Verhaftung eines Gefangenen oder sonst in der Ausführung obrigkeitlicher Befehle angewendet wird, ist ein Vergehen, daher es den Husaren ausdrücklich verboten ist, die verhafteten Personen übel zu behandeln, sie absichtlich zu beleidigen und gegen dieselben sich die mindeste Gewaltthätigkeit zu erlauben: es sey denn, daß ein Widerstand von ihrer Seite Statt fände, in welchem Falle sie allein ermächtigt sind, die Ausübung ihrer Amts-Verrichtungen gegen die gegen sie Statt findenden Thätlichkeiten durch Gewalt zu sichern.

§. 30.

Um die vorhin erwähnten Obliegenheiten erfüllen, und zur Aufrechthaltung der guten Ordnung desto besser wirksam werden zu können, sollen die Abtheilungen der Hu-

saren alle 5 Tage unter sich correspondiren, die Zwischenorte und periodischen Zeitpunkte dieser Correspondenz aber auf desfallsigen Vorschlag des Chefs der Division, welchen derselbe nach vorheriger Communication der Abtheilungs-Commandeurs mit den betreffenden Oberhauptleuten einzureichen hat, von Uns näher bestimmt werden.

§. 31.

Die Correspondenz der Sectionen geschieht mittelst steter Dienststreifen und Patrouillen. Sie soll für die Sectionen den Zweck haben, sich wechselseitig über alles, was die öffentliche Sicherheit betrifft, Nachricht zu ertheilen, und sich über die Unternehmungen zu besprechen, welche wegen Verfolgung der Verbrecher, Deserteurs und sonst nöthig seyn dürften; ferner zur Fortschaffung der Gefangenen von Section zu Section, auch um Befehle und Briefe an die Officiere der Division zu überbringen, zu welchem Ende die Correspondenz möglichst nach den Standorten der Officiere einzurichten ist.

§. 32.

Der Chef der Schwadron muß dieselbe alle Jahre einmal in den Standorten der Abtheilungen mustern, dergestalt, daß er zu dem Ende sämtliche deren Standörter bereiset.

Außerdem aber behalten Wir Uns vor, dieselbe durch dazu eigends committirte Officiere, so oft und an welchen Orten Wir es nöthig finden, mustern zu lassen.

§. 33.

Die Rittmeister haben ihre Compagnien wenigstens vier Mal im Jahre in allen Standorten derselben zu inspici- ren, die Lieutenants und Cornets aber die ihnen untergeordnete Mannschaft in ihren Standorten wenigstens alle Monate zu mustern, außerdem aber die einzelnen Stationirungen öfter

und untermuthet zu besuchen, um sich von der Regelmäßigkeit des Dienstes desto besser zu überzeugen.

§. 34.

Auf den Musterungsreisen sind die Officiere verbunden, alle Standorte ihrer Abtheilungen zu besuchen. Der Gegenstand der Musterung soll seyn, den Dienst der Sectionen, die Haltung und Zucht der Mannschaft, die Beschaffenheit der Pferde, der Quartiere und Ställe, so wie auch das Betragen der Unterofficiere und Husaren zu untersuchen, die Vorschriften und Befehle zu ertheilen, welche die Umstände erfordern, und sich bei den Civil- Behörden zu erkundigen, ob die Husaren ihre Pflicht thun, und davon den betreffenden Obern Bericht zu erstatten.

§. 35.

Die solchergestalt eingezogenen Nachrichten und Bemerkungen sollen von diesen Officieren in ihre Musterungs-Register eingetragen werden, aus welchen sodann der Rittmeister die nöthigen Auszüge in das Disciplinar-Register seiner Compagnie, wovon unten §. 42 weitere Bestimmung erfolgt, einzutragen hat.

§. 36.

Die Officiere sollen ein Dienstbuch führen, worin sie ihre Dienstreisen und Musterungen durch die Lokal-Behörden bescheinigen lassen, und die an ihre Untergebenen erlassenen Befehle Tag für Tag eintragen.

§. 37.

Die Commandanten der verschiedenen Stationirungen sollen ein Dienst-Journal, um darin den ordentlichen Dienst der Station aufzuzeichnen, und außer diesem Journale noch ein Dienstbuch führen, um die Richtigkeit ih-

rer Correspondenz und ihren außerordentlichen Dienst nachzuweisen. In dem Dienst-Journale soll die Local-Obrigkeit, oder in deren Ermangelung ein Amts-Unterbedienter oder Orts-Vorsteher, oder im äußersten Falle, um den Husaren nicht aufzuhalten, ein unbescholtener Orts-Einwohner, den Husaren ihre Anwesenheit in denjenigen Orten, welche sie passirt haben, bescheinigen; in dem Dienstbuche geben sie sich wechselseitig das Zeugniß, welches Tag und Stunde, wann sie an dem Bestimmungsorte angelangt sind, so wie Tag und Stunde, wann sie selbigen wieder verlassen haben, enthalten muß.

Der außerordentliche Dienst muß gleichfalls, und zwar in eben der Maaße von der Obrigkeit oder sonst, wie obsteht, im Dienstbuche bescheinigt, auch die an die Obrigkeiten geschehenen Anzeigen außerordentlicher Vorfälle darin notirt werden.

§. 38.

Der Chef der Schwadron hat die gedachten Bücher nach bestimmten Mustern anzuschaffen und einer jeden Section zuzustellen. Derselbe soll ferner von allen Verordnungen, welche sich auf den Dienst der Husaren beziehen, oder damit in Verbindung stehen, so viele Exemplare erhalten, als es Abtheilungen giebt und denselben solche zustellen.

§. 39.

Obwohl aus obstehenden Vorschriften für den Dienst der Husaren ihr Dienstverhältniß von selbst folgt, so wollen Wir doch mehrerer Bestimmtheit halber, darüber Folgendes festsetzen:

- 1) Die Husaren stehen in Ansehung der Disciplin und des innern Dienstverhältnisses unter dem Commandeur des activen Militairs, welcher aber die Stationsörter, ohne erhaltene höhere Genehmigung nicht verändern darf.
- 2) In Ansehung des polizeilichen Dienstes aber stehen sie unmittelbar unter dem Fürstl. Geheimen Raths-Collegio, vor welches daher gehört: der gewöhnliche und tägliche Polizeidienst der Husaren, die Bestimmung der Stationsörter und Veränderung der oben vorläufig bestimmten den Umständen nach, die Feststellung der Zwischenorte und periodischen Zeitpunkte der Correspondenzen, die Vereinigung der Abtheilungen im Falle eines außerordentlichen Dienstes, die Fortschaffung der bürgerlichen Gefangenen von Station zu Station, die Bedeckung bei Versendung öffentlicher Gelder, die Aufsicht über Bettler und Vagabonden, der Dienst der Husaren rücksichtlich auf die gerichtliche und örtliche Polizei und alles, was sich auf selbige bezieht, und endlich der Dienst der Husaren zur Unterstützung der Local-Obrigkeiten und Behörden in Ausübung ihrer Amtsverrichtungen.
- 3) Wird vom Fürstl. Geheimen Raths-Collegio die Veränderung eines Stationsortes angeordnet, so hat der Chef der Schwadron davon den Commandeur des activen Militairs sogleich in Kenntniß zu setzen.
- 4) Der Gerichtsstand der Husaren ist in allen Fällen, den des §. 27 ausgenommen, der des übrigen Militairs, und sie werden bei Vergehungen nach den Militair-Strafgesetzen verurtheilt, außer in den Fällen, wo im gegenwärtigen Reglement oder sonst wegen ihrer

Dienstverletzungen besondere Strafen verordnet und daher diese zur Anwendung zu bringen sind.

- 5) Urlaub kann den Unterofficieren und Husaren der Chef der Schwadron ertheilen, wenn er nicht über acht Tage währt; soll er von längerer Dauer seyn, so muß er bei dem Fürstl. Geheimen Raths-Collegio durch den Chef der Schwadron nachgesucht werden.

Die Officiere können nur vom Fürstl. Geheimen Raths-Collegio auf Bericht des Commandeurs des activen Militairs beurlaubt und von jedem Urlaube, den ein Officier oder Unterofficier erhält, muß von dessen unmittelbar vorgesetztem Officiere der Civil-Obzirkel Nachricht ertheilt, und dafür, daß der Dienst ununterbrochen versehen werde, gesorgt werden.

- 6) Abschiede der Unterofficiere und Husaren werden auf Vorschlag des Commandeurs des activen Militairs, an welchen der Chef der Schwadron darüber zu berichten hat, vom Fürstl. Geheimen Raths-Collegio ertheilt; die definitiven Abschiede der Officiere aber zu ertheilen, bleibt Uns unmittelbar vorbehalten.

- 7) Die Husaren aller Grade sind verbunden, nicht nur die Befehle des Fürstl. Geheimen Raths-Collegii zu vollstrecken oder vollstrecken zu lassen, sondern sie müssen auch den Requisitionen willfahren und Genüge leisten, welche von den Militair-Commandanten, den Ober-Hauptleuten, Justiz- und Polizei-Behörden zur Aufrechthaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe oder zur Vollziehung der Ge-

setze, Urtheile und gerichtlichen Verfügungen an sie ergehen.

Die Aufforderungen an die Husaren müssen, außer im Falle der Noth, schriftlich abgefasst, und an den Commandeur der Station gerichtet seyn. Im Falle der Noth mündlich erlassene Aufforderungen müssen nachher schriftlich wiederholt werden, das mit sie in das Dienst-Register eingetragen werden können.

- 8) Die Ausführung der Aufforderung gehört zur Beurtheilung der Commandeurs, welche aber bei bedeutenden Operationen mit den Civil-Behörden Rücksprache zu nehmen, auf jeden Fall aber den letztern binnen 24 Stunden nach der Rückkehr von dem, was in Gemäßheit der Aufforderung geschehen, Bericht zu erstatten haben.
- 9) Die Officiere und Unterofficiere sind schuldig, alle die öffentliche Ruhe und Sicherheit betreffende Vorfälle und Nachrichten, welche entweder unmittelbar oder durch die Husaren zu ihrer Kenntniß kommen, den betreffenden Civil-Obrikeiten mitzutheilen, und deren desfallsige Aufträge zu erwarten. Im Falle einer Nachlässigkeit hierin, bleiben sie für die Folgen persönlich verantwortlich.
- 10) Jedes Mitglied der Husaren-Division, welches die Vollziehung einer ordnungsmäßigen Aufforderung vernachlässigt, wird vom Dienste suspendirt und nach Beschaffenheit mit Arrest oder Dienstentsetzung bestraft. Weigert es sich, die Aufforderung zu vollziehen, so wird es seines Dienstes entsetzt und dem Befinden nach mit Gefängnißstrafe belegt.

- 11) Die Aufforderungen der Civil-Obrigkeiten geschehen jederzeit an dasjenige Commando, welches deren Gegenstand am leichtesten vollziehen kann, wenn gleich selbiges nicht innerhalb ihres Sprengels stationirt wäre; sie können aber nur innerhalb des letztern zur Ausführung gebracht werden, es sei denn, daß der Beschuldigte sich außerhalb desselben geflüchtet hätte, in welchem Falle die Obrigkeit zu dessen Verhaftung den Commandeur der nächsten Station requiriren kann, welcher aber den Verhafteten nicht ohne Genehmigung der Obrigkeit des Verhaftungsortes transportiren lassen darf.
- 12) In jedem Stationsorte muß immer, wo möglich, ein Husar zurückbleiben, um auf allen Fall der Civil-Behörde zu Dienste zu stehen; sollte aber das ganze Commando sich nothwendig in Bewegung setzen müssen, so hat der Commandeur dieses der Civil-Behörde, und dem Militair-Commandanten, wenn ein solcher in dem Orte vorhanden, anzuzeigen.
- 13) Auf Einladung der Civil-Behörden können die Officiere mehrere Commando's an einem Orte, wo wegen Märkte oder anderer außerordentlicher Gelegenheiten ein großer Zusammenlauf von Menschen Statt finden wird, zusammenziehen; die versammelten Commando's müssen aber noch an demselben Tage zu ihren Standorten zurückkehren, wenn nicht die Civil-Obriegkeit sie auffordert, da zu bleiben.
- 14) Zur Fortschaffung ihrer Correspondenz dürfen die Civil-Obriegkeiten die Husaren nicht gebrauchen, es sei denn in einem außerordentlichen Falle, wo die Dringlichkeit oder Sicherheit einer wichtigen Depesche sol-

ches erfordern würde. In diesem Falle haben sie aber die Ursachen der Nothwendigkeit dem Commandeur der Stationirung anzuzeigen.

- 15) Unter dem Militair-Commandanten des Orts stehen die Husaren nur insofern, als es die polizeiliche Ordnung des Places erfordert und haben sie sich deshalb auch bei ihm zu melden: aber von ihren Verrichtungen, welche nicht den Militairdienst oder die Sicherheit des Places betreffen, sind sie ihm keine Rechenschaft schuldig.
- 16) Die Husaren sind bei Vermeidung strenger Ahndung sämtlichen Civil- und Militair- Behörden, mit welchen sie in Verhältnissen stehen, die gehörige Ehrerbietung schuldig.
- 17) Sie sind verpflichtet, den Zoll- und Weggelds- Erhebern, und den Jagd- und Forstbedienten, sobald diese ihrer Hülfe bedürfen, und darum nachsuchen, thätigen Beistand zu leisten.
- 18) Wenn die Husaren Unterstützung nöthig haben, um Aufläufe zu zerstreuen, oder Verbrechen zu steuern, oder Requisitionen der Civil- Behörden zu vollziehen, so haben sie sich deshalb an den nächsten Commandeur des activen Militairs, oder wo dieses nicht vorhanden, an den der Reserve, schriftlich zu wenden, und demselben die Requisitionen der Civil- Behörden abschriftlich mitzutheilen. Die Truppen- Detachements, welche sodann mit den Husaren gemeinschaftlich zu marschiren beordert werden, stehen unter den Befehlen desjenigen Officiers, welcher dem Patente nach der älteste ist, jedoch hat selbiger, insofern

er der Commandeur des Militair- Detachements wäre, den schriftlichen Requisitionen des Husaren- Officiers, in Bezug auf die Unternehmung, Folge zu leisten.

In Ermangelung von activen oder Reserve-Truppen, oder wenn die Zusammenziehung der letztern für die Eile der Sache zu langwierig wäre, requirirt der Husaren-Commandeur die Civil-Obrigkeit auf die obbemerkte Weise, welche ihm sodann diejenigen Einwohner zu bezeichnen und aufzubieten hat, welche sie für die fähigsten zu der benöthigten Hülfe hält.

§. 40.

Von einem jeden in Gemäßheit §. 39 Nr. 4 von den Militairgerichten über Dienstvergehen der Husaren gefällten Straf-Erkenntnisse, ist in allen Fällen, wo nicht von einem bloß militairischen Vergehen die Rede ist, dem Oberhauptmann, welcher entweder auf Bestrafung angetragen, oder in dessen Bezirke das Vergehen begangen worden, binnen 24 Stunden Nachricht zu ertheilen.

§. 41.

Obwol wir erwarten, daß sämtliche Husaren die Wichtigkeit ihres Wirkungskreises für das gemeine Wohl einsehen, und sich durch ein ordnungswidriges Betragen nicht selbst in den Augen ihrer Mitbürger herabwürdigen werden, so haben Wir doch auf den unverhofften Fall einzelner Ausnahmen für nöthig erachtet, folgende Strafbestimmungen hiedurch zu verordnen.

- 1) Jeder Husar, welcher eine Civil-Obrigkeit in der

Ausübung ihrer Amtspflichten beleidigt, soll seines Dienstes entsetzt und überdies, wenn Thätlichkeiten dabei vorgefallen sind, mit Einjährigem Gefängniß, und wenn er sich seiner Waffen dabei bedient hat, mit Zweijähriger Karren- oder Zuchthausstrafe belegt werden. Die beleidigte Obrigkeit ist berechtigt, ihn sofort arretiren, und an seine zunächst vorgesezte Militair- Behörde abliefern zu lassen.

Sollte wider alles Erwarten ein Husaren-Officier sich eines solchen Vergehens schuldig machen, so soll er, nach Befinden der Umstände, mit Festungsarrest oder Cassation bestraft werden.

- 2) Jeder Husar, welcher sich Erpressungen erlaubt, oder Geldstrafen fordert oder annimmt, unter dem Vorwande, dieselben an die betreffende Behörde abzuliefern; desgleichen jeder Husar, welcher Geld oder Geldeswerth, sei es in der Absicht, Uebertretungen der Geseze nicht anzugeben, oder unter dem Vorwande von Zehrungs- oder Executionskosten, oder unter irgend einem andern Vorwande empfängt oder annimmt, den Fall ausgenommen, wo er ganz bestimmt dazu schriftlich ermächtigt wäre, soll in Gemäßheit des §. 5 mit Entlassung bestraft werden, vorbehaltlich daß er dann dem competenten Civilgerichte übergeben und den Gesezen gemäß weiter bestraft werde.
- 3) Wenn ein zu bewahrender oder zu escortirender Arrestant entweicht, so soll der Husar, welchem dabei bloß eine Nachlässigkeit zu Schulden kommt, in dem Falle, wenn der entwichene Gefangene eines Verbrechens, welches eine harte Leibesstrafe nach sich zieht,

nur angeschuldigt war, mit viermonatlichem Gefängnisse, wenn aber der entwichene Gefangene bereits zu einer harten Leibes- oder Todesstrafe verurtheilt war, mit einjährigem Gefängnisse bestraft werden. War der Husar aber mit dem Gefangenen einverstanden, so wird derselbe mit Dienstentsetzung und außerdem mit einer zwei- bis vierjährigen Zuchthaus- oder Karrenstrafe belegt, je nachdem das Verbrechen des Gefangenen schwer und der entwichene Gefangene bloß angeschuldigt oder bereits verurtheilt war.

War aber der entwichene Gefangene eines bloßen Polizei-Vergehens beschuldigt, so findet gegen den Husaren nur eine Disciplinarstrafe Statt, vorbehaltlich schwererer Strafen den Umständen nach, wenn der Husar einverstanden war.

- 4) Die Vergehen der Husaren gegen die militairische Disciplin, so wie auch die Vernachlässigung gegen die Vorschriften des gegenwärtigen Reglements, über welche besondere Strafbestimmungen nicht vorhanden sind, werden mit militairischen Disciplinarstrafen geahndet.
- 5) Die Gewohnheit, sich zu berauschen, selbst ohne erschwerende Umstände, begründet eine Ausschließung vom Corps, und soll jeder Husar, welcher zu drei verschiedenen Malen wegen Trunkenheit mit Disciplinarstrafen belegt ist, in Gemäßheit des §. 5 entlassen werden.
- 6) Jeder Husar, welcher in seinen Dienstpflichten sich nachlässig bezeugt, oder sonst sich einer unordentlichen Lebensart schuldig macht, soll, wenn er für unbesserlich oder dienstuntüchtig erkannt wird, im ersten Falle entsetzt, und seine Entfernung vom Corps, nebst deren Ursachen durch einen Tagesbefehl und die hiesi-

gen Anzeigen bekannt gemacht, im zweiten Falle aber mit gewöhnlichem, die Ursache seiner Verabschiedung enthaltenden, Abschiede, entlassen werden, beides nach näherer Bestimmung des §. 5.

§. 42.

In jeder Compagnie soll ein Disciplinar-Register für die Unterofficiere und Husaren gehalten werden, in welches der Capitain unter Bemerkung der Tages- und Jahreszahl alle dieselben betreffenden Beförderungen, ausgezeichneten Handlungen und Verrichtungen von Bedeutung, sammt ihrem Erfolge, so wie auch die von denselben begangenen Fehler, die ihnen auferlegten Strafen, so wie überhaupt alles, was das Personelle der Compagnie betrifft, eintragen lassen soll. Am Ende jedes Vierteljahrs hat jeder Capitain einen Auszug dieses Registers an den Chef der Schwadron einzusenden.

Dieser hat diese Auszüge in ein allgemeines Disciplinar-Register des Corps einzutragen, bei den Musterungen sein allgemeines Register mit den Disciplinar-Registern der Compagnie zu vergleichen, seine eigene Bemerkungen hinzuzufügen, und die nöthigen Verweise oder Lobsprüche zu ertheilen. In dem Musterungsberichte, welchen er an das Fürstl. Geheimeraths-Collegium und an den Commandeur des activen Militair-Corps erstattet, ist davon Erwähnung zu thun.

§. 43.

Der Chef der Husaren hat zu Anfang eines jeden Monats an das Fürstl. Geheimeraths-Collegium einen Dienstbericht über die bei sämtlichen Abtheilungen in dem verflossenen Monate Statt gefundenen Arrestationen und sonstigen wichtigern Verrichtungen in tabellarischer Form einzusenden, welchem er die Bemerkungen, die er für das Beste des Dienstes nöthig hält, beizufügen, außerdem aber von allen

außerordentlichen Vorfällen, welche die öffentliche Sicherheit, die Polizei oder das Beste des Dienstes betreffen, sogleich Bericht zu erstatten hat.

§. 44.

Von gegenwärtigem Reglement soll ein jeder Husar mit einem Exemplare versehen, und selbiges bei jeder Musterung oder sonstigen Revision seinen Vorgesetzten vorzuzeigen schuldig, übrigens auch ein Exemplar an jedem Stationsorte befindlich sehn.

§. 45.

Sämmtliche Mitglieder der Husaren = Schwadron, so wie sämmtliche Obrigkeiten im Lande, und sonst alle diejenigen, welche es angeht, haben sich hiernach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen = Canzleisiegels.

Braunschweig, den 5^{ten} Februar 1816.



Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorf.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 3.

Braunschweig, den 16. Februar 1816.

- (3.) Verordnung, die an die französische Regierung zu machenden Forderungen betreffend. D. D. Braunschweig, den 6ten Februar 1816.

GEORG, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Da über die im Pariser Frieden vom 20ten Mai 1814 zugesicherte Bezahlung der von Corporationen und Privat-Personen in den von den französischen Armeen vormals occupirten Ländern an die französische Regierung zu machenden und zu justificirenden Forderungen eine dem Friedenstractate vom 20ten November v. J. angehängte besondere Convention geschlossen ist, in welcher sowohl die Beschaffenheit der von der französischen Regierung anzuer-

kennenden Forderungen, als auch der Weg, auf welchem dieselben untersucht werden sollen, und die Art und Weise ihrer Berichtigung genauer, wie vorhin, bestimmt worden; so haben Wir der zur Liquidation der Landesschulden allhier niedergesetzten Commission den Auftrag ertheilt, sich auch der Untersuchung aller, vor Ablauf der im letztgedachten Friedensschlusse festgesetzten Frist eines Jahres nach erfolgter Ratification desselben, anzubringenden Reclamationen der erwähnten Art zu unterziehen, damit wegen derjenigen, welche so beschaffen sind, daß sie auf den Grund des letzten Friedenstractats bei der Behörde geltend gemacht werden können, das Nöthige zum Behuf deren Liquidation bei der deshalb eigends zu Paris niederzusetzenden Commission weiter eingeleitet werden könne.

Diejenigen aber, welche dergleichen Forderungen zu haben vermeinen, haben sich bei deren Liquidation nach folgendem zu achten:

§. 1.

Die zu liquidirenden Forderungen müssen sich entweder auf ein ausdrückliches von französischen competenten Behörden gegebenes, wirklich zu erweisendes Versprechen der Zahlung oder Entschädigung aus französischen Cassen oder auf besondere Bestimmungen der obengedachten Convention vom 20ten November v. J. gründen, und können nur diese geltend gemacht werden, wohin denn insonderheit gehören:

- 1) gerichtliche und außergerichtliche Deposita;
- 2) Cautionen;
- 3) Vorschüsse, welche für die französische Regierung aus Communal-Cassen geleistet worden;

- 4) Lieferungen und Leistungen aller Art, welche von Commünen, Privat=Personen oder überhaupt auf andere Weise, jedoch nicht von Landesregierung wegen beschafft, und worüber von französischen Verwaltungs=Behörden Contracte ausgefertigt oder andere Verfügungen, unter Versprechen der Bezahlung, getroffen sind, dieselben mögen zum Behuf militairischer Magazine oder zur Versorgung von Festungen und andern Städten, oder auch für die französische Armee oder Truppen=Detaſchements, oder für die Gensd'armee, oder an französische Verwaltungs=Behörden, oder Militair=Hospitäler, oder endlich für Gegenstände des öffentlichen Dienstes, welche es auch seien, Statt gefunden haben, und müssen selbige übrigens durch die von den Magazin=Bedienten, Civil= oder Militair=Agenten, Controllours oder andern dazu angestellt oder damit beauftragt gewesenen Personen erteilten Empfangsscheine nachgewiesen, deren Preise aber durch die von den französischen Behörden ausgefertigten Contracte oder andere Verhandlungen, und in Ermangelung solcher, durch die Marktpreise der dem Ablieferungsorte zunächst gelegenen Orte dargethan werden;
- 5) Rückstände an Sold, Tractament, Reisekosten, Gratificationen und andre Vergütungen, welche solchen Militair= oder Civil=Personen zukommen, die in der französischen Armee, oder bei den für selbige errichteten Hospitälern, Apotheken, Magazinen oder andern Anstalten gedient haben und gegenwärtig nicht französische Unterthanen sind; es müssen jedoch diese Forderungen durch die in den Militair=Reglements vorgeschriebenen Beweismittel nachgewiesen werden;

- 6) Rückstände von Pensionen, welche von der französischen Regierung bewilligt waren;
- 7) Verpflegungskosten für französisches Militair in nicht der französischen Regierung gehörig gewesenen Hospitälern, z. B. in städtischen Hospital-Anstalten, und müssen diese Forderungen durch von den Vorstehern der Anstalten beglaubigte Bordereaux nachgewiesen werden;
- 8) Zur Post gelieferte, aber nicht an den Bestimmungsort gelangte Gelder, mit Ausnahme des Falls einer gewaltsamen Postberaubung;
- 9) Mandate, Bons und Ordonnanz auf den französischen Staatsschatz, auf die Amortisations-Casse oder mit dieser in Verbindung stehende Cassen, desgleichen auch Bons der Amortisations-Casse, wenn diese Mandate, Bons und Ordonnanz zu Gunsten von Gemeinden, öffentlichen Anstalten oder Privatpersonen, die gegenwärtig nicht zu Frankreich gehören, ausgestellt sind, oder sich in den Händen von Commünen, öffentlichen Anstalten oder Privatpersonen außerhalb Frankreich befinden, ohne allen Unterschied, welchem Staate die Gegenstände, wofür sie ausgestellt worden, anjezt zugehören;
- 10) von französischen Civil- oder Militair-Autoritäten, unter Versprechen der demnächstigen Erstattung, gemachte Anleihen;
- 11) für den entbehrten Genuß von verpachteten Dominalgütern zugestandene Entschädigungen, so wie andere Indemnitäten und Ersatzgelder aus Domonialpachtungs-Verhandlungen; ferner Diäten, Gebühren, Honorarien und Vergütungen für Abschätz-

zungen und Untersuchungen von Gebäuden und andern Gegenständen, welche auf Befehl und auf Rechnung der französischen Regierung gemacht worden, und welche Entschädigungen zc. der französischen Regierung anerkanntermaßen hätten zur Last fallen müssen und von französischen Behörden verfügt waren;

- 12) Vorschüsse aus Communal-Cassen, welche auf Befehl französischer Behörden, unter Zahlungsversprechung, geleistet worden;
- 13) Entschädigungen für entzogenes Erdreich, Demolition, Abbruch von Gebäuden, welche von französischen Militair-Beörden Behuf der Anlegung von Festungen oder Citadellen verordnet worden, insofern dafür nach dem französischen Gesetze vom 10^{ten} Junius 1791 Ersatz Statt findet, und eine Verpflichtung zu demselben durch eine mit Zuziehung einer französischen Behörden vorgenommene Schätzung des zu ersetzenden Schadens, oder durch andere Handlungen der französischen Regierung bewiesen werden kann;
- 14) Ersatz für Colonial-Waaren, welche den Eigenthümern, in Gefolge eines am 8^{ten} Mai 1813 zu Moskau gegebenen Decrets, genommen worden, obgleich sie einen Theil derselben von der französischen Regierung selbst angekauft und dafür, so viel die Baumwolle betrifft, die Abgaben und den doppelten Zollbetrag innerhalb der gesetzlichen Frist entrichtet hatten, und werden diese Forderungen, gleich andern, von der genannten Commission liquidirt und eben so bezahlt werden, als in Ansehung der Cautionen hierunter festgesetzt ist.

§. 2.

Alle Reclamationen wegen nachbenannter Gegenstände sind als ganz unzulässig anzusehen, nämlich:

- 1) wegen erlittener Plünderungen und Erpressungen von Lebensmitteln, Vieh und Effecten aller Art, ohne Zahlungsversprechen von Seiten competenter Behörden;
- 2) wegen rückständiger Bezahlung von Kriegsführen, Einquartierungskosten und dergleichen, es müßte denn ein Versprechen der Bezahlung aus französischen Cassen beigebracht werden können;
- 3) wegen bezahlter außerordentlicher Steuern, als für Ehrengarden &c., wofür kein Ersatz versprochen ist;
- 4) wegen Privatforderungen an französische Unterthanen, indem solche im Wege Rechts klar zu machen und zu verfolgen sind.

§. 3.

Die über die im §. 1. näher angegebenen zulässigen Forderungen sprechenden Documente müssen durchaus im Originale, nebst einer Abschrift desselben und unter Zurückbehaltung einer zweiten beglaubigten Copie, an die hiesige Landeschulden-Liquidations-Commission eingesandt werden, und haben Wir letztere angewiesen, den Einsendern der Original-Documente darüber die nöthigen Empfangsbesccheinigungen zu ertheilen.

§. 4.

Was die Cautions-Reclamationen betrifft, so muß zuvor, wenn solches noch nicht geschehen seyn sollte, über diejenigen Hebungen, wofür die zurückverlangte Caution geleistet war, eine gehörige Rechnungsab-

nahme erfolgen, welche 1) in Ansehung solcher Rechnungen, die über der französischen Regierung unmittelbar zugestandene Cassen geführt worden, von der Königlich französischen Rechenkammer gemeinschaftlich mit einem Königl. Hannoverschen Commissario geschieht, und wie, um den letztern zur Wahrnehmung des Interesses der reclamirenden Partei gehörig in Stand zu setzen, die vorgängige Nachsicht der Rechnungen erforderlich ist, so sind dieselben sofort an hiesige Fürstliche Cammer zur Vorrevision einzusenden, zugleich aber ist an dem Tage, wo solches geschieht, die Landesschulden-Liquidations-Commission von der geschehenen Absendung, zur gehörigen Beachtung des Gegenstandes, zu benachrichtigen, wobei noch den Reclamanten, weil französischer Seits eine Zeit von sechs Monaten nach Einlieferung der Rechnungen in Paris zur Anstellung der Revision vorbehalten ist, die thunlichste Beschleunigung der gedachten nothwendigen Vorarbeit, ihres eigenen Bestens halber, empfohlen wird. So viel 2) die Abnahme der Rechnungen der Communal-Erheber anbelangt, so geschieht selbige zwar nicht von Seiten der Königl. französischen Rechenkammer, als welche dabei kein unmittelbares Interesse hat; da jedoch die französische Regierung sich einen bestimmten Theil der in diese Rechnungen geflossenen Einnahme vorbehalten hatte, und deshalb an die gedachten Communal-Erheber Forderungen zu machen haben könnte, so muß, zufolge des Friedens vom 20^{ten} November v. J. (Art. 10. §. 1. der Additional-Convention), eine Bescheinigung hiesiger Oberbehörden darüber, ob und wie viel der französischen Staatskasse aus den abgenommenen Rechnungen annoch zukomme, beigebracht werden; und wie zu diesem Behufe auch die vorgängige Revision der qu. Communal-Rechnungen nothwendig ist, so sind selbige ebenfalls an Fürstl. Cam-

mer hieselbst einzusenden, und ist davon, daß solches geschehen, an dem nämlichen dato der Landesschulden-Liquidations-Commission Anzeige zu machen.

§. 5.

Ueber Deposita und von Municipal-Cassen geleistete Vorschüsse sind die von den französischen Behörden ausgestellten Empfangsscheine originaliter einzusenden, desgleichen ist in Ansehung der auf Posten zur Versendung gelieferten und nicht an die Adresse gelangten Gelder die Einsendung der Original-Postscheine, in Betreff der unbezahlt gebliebenen Anweisungen auf französische Cassen oder sogenannte Mandate französischer Behörden die Einreichung dieser Anweisungen im Originale, wegen der reclamirten Gold- oder Tractaments-Rückstände, die Production der Original-Abschiede und sogenannten Certificats de non payement, und über die Civil- und geistlichen Pensionen, die Beibringung der Verwilligungs-Urkunden erforderlich. Auch bedarf es bei Forderungen an rückständigen Gold, Gehalt, Pensionen u. s. w. außer den obengenannten Beweis-Urkunden über die Verwilligung, noch eines von der Ortsobrigkeit ausgestellten und mit deren Amtssiegel versehenen Scheins darüber, daß die Person, welche oder deren Erbe reclamirt, während der Zeit, wofür der rückständige Gold, Gehalt u. gefordert wird, noch wirklich am Leben gewesen sey.

§. 6.

So viel die Forderungen der städtischen Behörden für die Hospital-Verpflegung französischer Militairpersonen anbetrifft, so müssen, außer den speciellen Etats, auch die Original-Documente, worin die Bezahlung versprochen ist, eingesandt werden.

§. 7.

In Ansehung des Erfasses der durch Demolitionen verursachten Schäden ist das Original-Document über die von französischen Behörden vor oder nach dem Abbruche angestellte Taxation beizubringen; alle andere einseitige Schätzungs-Protocolle aber sind, als überflüssig, zurückzubehalten.

§. 8.

Ueber die Lieferungen, welche auf den Grund geschlossener Contracte und unter dem ausdrücklichen Versprechen demnächstiger Zahlung aus französischen Cassen, oder unter Anweisung auf eine bestimmte Staats-Einnahme geleistet sind, haben sämtliche Reclamanten ihre Original-Documente, sowohl Bons, als Contracte einzusenden, und ist, insofern für diese Lieferungen kein bestimmter Geldwerth aus den Contracten nachgewiesen werden kann, der Marktpreis der gelieferten Gegenstände, so wie selbiger zur Zeit der Lieferung gestanden, durch eine förmliche obrigkeitliche Bescheinigung darzuthun, damit danach die Geldberechnung zugelegt werden könne.

§. 9.

Da jede Verzögerung der in Rede stehenden Liquidationen den Reclamanten zum Nachtheil gereicht, weil die gesammten Reclamationen in der Ordnung, in welcher sie vorgelegt werden, zur Erledigung kommen, und daneben eine Verspätung sogar gänzlichen Verlust nach sich ziehen kann, so haben die Reclamanten die Einsendung ihrer Papiere möglichst zu beschleunigen, und werden zu dem Ende alle Landesbehörden und Obrigkeiten hiedurch angewiesen, dieselben bei Aufstellung ihrer Forderungen, insofern sie dabei mitwirken müssen oder können, durch Rath und Hülfe thunlichst zu unterstützen.

Auch können diejenigen Reclamanten, welchen Kürze der Zeit oder andere Umstände nicht gestatten sollten, von ihren eingesandten Documenten vidimirte Abschriften für sich zurückzubehalten, von der Landesschulden-Liquidations-Commission damit versehen werden, wenn sie dieserhalb bei Einsendung der Originalien den erforderlichen Antrag machen.

§. 10.

Die Bezahlung der auf obengedachte Art nachgewiesenen Forderungen wird in der durch die Convention vom 20^{ten} November v. J. bedungenen Maaße, nach welcher die Reclamationen in verschiedene Klassen getheilt werden, geschehen, und begreift die erste Klasse die unmittelbar in die Amortisations-Casse zu Paris geflossenen gerichtlichen und außergerichtlichen Deposita, welche in Gemäßheit des Friedensschlusses innerhalb sechs Monaten — insofern sie binnen den ersten drei Monaten nach Auswechslung der Rattificationen angemeldet und documentirt werden, sonst aber drei Monate später — und zwar in baarem Gelde erstattet werden sollen. Die zweite Klasse wird aus allen denjenigen Forderungen gebildet, welche auf baar geleistete Cautionen oder andere von Gemeinden und öffentlichen Anstalten baar eingezahlte, in die Amortisations-Casse oder andere französische Staats-Cassen geflossene Gelder Bezug haben, und werden diese zu dem Betrage der nachgewiesenen Summen in Inscriptionen auf das große Schuldbuch nach deren Nominalwerthe bezahlt, jedoch dergestalt, daß die französische Regierung so viel Procente vergütet, als etwa am Zahlungstage der Cours der Inscriptionen unter 75 Procent stehen sollte. Sämmtliche übrige Forderungen machen die dritte Klasse aus, und werden auf dieselbe Art, als die zweite Classe, bezahlt, mit dem Unterschiede jedoch, daß die französische Regierung nur

so viele Procente vergütet, als die Inscriptionen am Zahlungstage unter 60 Procent stehen möchten.

§. 11.

Alle Schuldforderungen, welche, ihrer Natur nach, oder besonderer Verabredungen wegen, Zinsen tragen, sollen, wie die Gesetze oder Contracte mit sich bringen, verzinst und von andern Forderungen von dem Tage an, da die Convention vollzogen worden, Zinsen zu vier vom Hundert bezahlt werden.

§. 12.

Von den anerkannten, oder durch das in der Convention vom 20^{ten} November v. J. näher bestimmte schiedsrichterliche Erkenntniß für gültig erklärten Forderungen wird alle zwei Monate ein Verzeichniß aufgestellt, und erfolgen die zufolge der erwähnten Convention in baarem Gelde zu leistenden Zahlungen aus dem Königl. französischen Schatze gegen Quittung der von der Landesherrschaft des Reclamanten bestellten Liquidations-Commissarien; der vermöge der Convention in Renten zu leistende Ersatz aber geschieht mittelst Inscriptionen auf das große Schuldbuch auf den Namen der gedachten Liquidations-Commissarien, oder dessen, welchen diese benennen werden.

§. 13.

Es haben demnach alle diejenigen Corporationen und Privatpersonen, welche sich in dem Falle befinden, Forderungen der oben bezeichneten Art an die Krone Frankreich machen zu können, selbige, wie schon im §. 9. vorgeschrieben worden, und aus den darin angeführten Gründen, so zeitig, als irgend möglich, spätestens aber vor Johannis gegenwärtigen Jahrs bei der hiesigen Landesschulden-Liquidations-Commission anzumelden, damit letztere noch vor dem Schlusse ihres Hauptgeschäfts und auf jeden Fall vor Ablauf der obengedach-

ten Jahrsfrist im Stande sey, solche in gehöriger Ordnung zu dem beabsichtigten Zwecke weiter zu befördern, und wie übrigens verschiedene, über solche Forderungen sprechende Original-Documente von den Reclamanten in Gefolge der unterm 4^{ten} Februar und 18^{ten} August 1814 erlassenen Aufforderungen bereits eingesandt sind, so sollen selbige sogleich an die betreffende Behörde befördert werden; jedoch haben die Einsender derselben mit Bezug auf die frühere Einsendung die von ihnen schon liquidirten Posten, der bessern Uebersicht wegen, bei genannter Liquidations-Commission noch mals zur kurzen Anzeige zu bringen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen = Canzleisiegels.

Braunschweig, den 6^{ten} Februar 1816.



Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorff.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 4.

Braunschweig, den 23. März 1816.

- (4.) Fürstl. Geheimerath's-Collegii Bekanntmachung vom 5ten März d. J., die Aufhebung des unterm 3ten Julii v. J. erlassenen Verbots der Ausfuhr von Kriegsbedürfnissen ins Ausland betreffend.

Da Wir Uns bewogen gefunden, das unterm 3ten Juli v. J. erlassene Verbot der Ausfuhr von Waffen, Munition, Pulver, Blei, Salpeter und sonstigen Kriegsbedürfnissen ins Ausland gegenwärtig wieder aufzuheben, so wird solches zu Jedermanns Nachricht hiedurch öffentlich bekannt gemacht.

Braunschweig, den 5ten März 1816.

Fürstlich Braunschweig-Lüneburgisches
Geheimerath's-Collegium.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldack.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 5.

Braunschweig, den 30. März 1816.

- (5.) Verordnung vom 14ten März 1816, die Zulassung des Rechtsmittels der Supplication bei Fürstl. Appellations-Commission in Civil- und Ehefachen betreffend.

GEORG, von Gottes Gnaden Prinz Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Vatters, Herrn Carl, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Da in den Verordnungen vom 15^{ten} Januar 1814 und vom 3^{ten} Februar desselben Jahrs, ein Rechtsmittel gegen die Erkenntnisse der Fürstlichen Appellations-Commission ausdrücklich zwar nicht vorgeschrieben ist, jedoch Fälle eintreten, in welchen dessen Zulässigkeit der

höchsten Billigkeit angemessen erscheint, so haben Wir Uns bewogen gefunden, dieserhalb folgendes nachträglich zu verordnen:

§. 1.

Wenn bereits in einem Rechtsstreite von einem Kreis- oder Stadtgerichte und dem Landesgerichte zwei gleichförmige Erkenntnisse abgegeben worden sind, und es wird sodann das bestätigende Erkenntniß des Landesgerichts in dritter Instanz von der Appellations-Commission reformirt, so findet in einem solchen Falle das Rechtsmittel der Supplication bei der Appellations-Commission in eben der Maaße statt, als solches bei dem Landesgerichte bereits früher zugelassen ist.

§. 2.

Dasselbe findet aber nicht statt gegen solche Erkenntnisse, wodurch die Entscheidung des Landesgerichts bestätigt worden ist, desgleichen nicht gegen Erkenntnisse, wodurch zwar das Erkenntniß des Landesgerichts abgeändert, das des Kreis- oder Stadtgerichts aber wieder hergestellt worden.

§. 3.

Eben dieses Rechtsmittel ist zulässig in Ehesachen, gegen die Erkenntnisse der Appellations-Commission, wodurch eine Entscheidung des Landesgerichts ist abgeändert worden.

§. 4.

Gegen die in der Supplications-Instanz von der Appellations-Commission abgegebenen Erkenntnisse findet durchaus kein weiteres Rechtsmittel statt, es möge durch selbige das vorige Erkenntniß bestätigt oder abgeändert seyn.

§. 5.

Die Appellations-Commission, so wie überhaupt alle diejenigen, welche dieses angeht, haben sich hiernach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzleisiegels.

Gegeben Brighton, den 14^{ten} März 1816.



George. P. R.

Graf von Münster.

Verordnungs-Sammlung.

Nr. 6

Braunschweig, den 10. May 1816.

- (6.) Verordnung vom 6ten May 1816, die Zahlung der Hälfte des Betrages der bei Fürstl. General-Casse ausgestellten Zins-Rückstands-Scheine betreffend.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Demnach nunmehr das durch Unsere Verordnung vom 4ten December v. J. angeordnete Geschäft der Liquidation der Schulden der hiesigen Lande bedeutend vorgeschritten, und Wir dadurch und durch die Uns vorliegende Uebersicht des hiesigen Finanz-Zustandes in den Stand gesetzt worden, anjehzt schon den Anfang zur Be-

friedigung Unseres Wunsches, sämmtlichen Gläubigern des hiesigen Staates sobald als thunlich dasjenige, was sie rechtmäßig zu fordern haben, vollständig zu gewähren, machen zu können, so haben Wir nicht Anstand nehmen wollen, im Gefolge der §. §. 10 und 11 vorangezogener Unserer Verordnung hiedurch vorerst Folgendes zu verordnen.

§. 1.

Die nach Anleitung der lehterwähnten Verfügungen ausgestellten Scheine über rückständige Zinsen, sollen nunmehr, so wie solche der Fürstlichen General-Casse zu dem Behuf vorgelegt werden, ihrem ganzen Betrage nach zur Hälfte bezahlt werden. Alle diejenigen daher, welche dergleichen Scheine besitzen, können solche auf Fürstl. General-Casse vorzeigen, und die Zahlung der Hälfte der darnach rückständigen Summe gegen Quittung unverzüglich gewärtigen.

§. 2.

Die Fürstl. General-Casse hat den Betrag der solchergestalt zurückgezahlten Hälfte selbiger Zins-Restscheine darunter zu bemerken, und zugleich den Betrag derjenigen Summe, welche solchemnach noch rückständig bleibt, darunter bestimmt auszudrücken, und die Zins-Rückstands-Scheine mit solcher Bemerkung den Inhabern

zurückzugeben, welche sodann noch in Ansehung des Restes in Gemäßheit des §. 11 der Verordnung vom 4ten December v. J. gültig bleiben, und erst dann zurückzugeben sind, wenn auch dieser Rest wird zurückgezahlt worden seyn.

§. 3.

Diejenigen, welche wegen noch nicht beendigter Liquidation ihrer Forderungen mit Zins-Rückstands-Scheinen noch nicht versehen sind, können die Hälfte ihrer Rückstände nicht eher, als nach beendigter Liquidation, wie solches die angeführte Verordnung vorschreibt, erhalten; sie haben aber sodann bei der ersten an sie zu leistenden Zinszahlung bei der Fürstlichen General-Casse nicht nur die Zahlung der laufenden Zinsen in Gemäßheit des §. 11 ebengedachter Verordnung, sondern auch zugleich die Bezahlung der Hälfte ihrer rückständigen Zinsen ohnsehlbar zu gewärtigen.

§. 4.

So wie die Verordnung vom 4ten December v. J., ist auch die gegenwärtige ausnahmsweise auf die wegen des hiesigen Schloßbaues entstandene Schuld anwendlich.

§. 5.

Wegen der Rückzahlung der hiernach und sonst noch verbleibenden Rückstände ergeht, sobald es den Umständen nach thunlich seyn wird, weitere Verfügung.

§. 6.

Die Fürstl. General=Casse sowohl, als alle diejenigen, welche dieses angeht, haben sich hiernach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen=Canzleisiegels.

Braunschweig, den 6^{ten} May 1816.



Auf Höchsten Special=Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorf.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 7.

Braunschweig, den 14. May 1816.

(7.) Verordnung vom 28sten Mai 1816, die Verwilligung eines General-Pardons für die Deserteurs betreffend.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Vitters, Herrn Carl, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Da Wir Uns durch die Betrachtung, daß die meisten Individuen, welche seit der Errichtung des Herzoglich Braunschweigischen Truppen-Corps von demselben desertirt sind, oder sich vor der Einstellung ihrer Militairpflicht entzogen haben, nur aus Leichtsinne und Verführung ihrer Pflicht untreu geworden sind, und gegen

wärtig mit aufrichtiger Bereuung ihres begangenen Ver-
sehens keinen größern Wunsch hegen, als in ihr Vater-
land zurückkehren zu dürfen und daselbst durch gewissen-
hafte Erfüllung ihrer Unterthanen-Pflichten den getha-
nen Schritt vergessen zu machen, bewogen finden, in
Ansehung derselben Gnade für Recht ergehen zu lassen,
und ihnen durch Verwilligung eines General-Par-
dons die Rückkehr in ihre Heimath möglich zu machen,
so erklären und verordnen Wir hiemit, daß alle von
dem Truppen-Corps des Herzogthums Braunschweig
desertirte Einländer und ausgetretene Militairpflichtige,
welche binnen einer ein- für allemal angesetzten Frist
von Drei Monaten, vom Tage der Publikation der
gegenwärtigen Verordnung angerechnet, an ihren vormali-
gen gesetzlichen Wohnort im Herzogthume Brauns-
chweig zurückkehren, und sich auf die unten vorgeschrie-
bene Weise gehörig melden werden, gänzlich begnadigt
und mit aller Strafe wegen ihrer Desertion übersehen
werden sollen, wogegen diejenigen Deserteurs, welche
diese Frist unbenußt vorübergehen lassen, nach der gan-
zen Strenge der Gesetze behandelt und mit Einziehung

ihres gesammten Vermögens, auch im Betretungsfalle mit den außerdem angeordneten Strafen, angesehen werden sollen.

Es bleiben jedoch von diesem General = Pardon gänzlich ausgeschlossen:

- 1) sämtliche in dem Corps gestandene und von demselben desertirte Ausländer;
- 2) alle diejenigen, welche von dem Tage des offenbaren Ausbruchs der Feindseligkeiten im verfloffenen Jahre an, bis zum Abschlusse der Pariser Waffenstillstands = Convention, also in dem Zeitraume vom 15^{ten} Junii bis zum 3^{ten} Julii v. J., von dem im Felde gestandenen Corps desertirt sind;
- 3) diejenigen, welche bei ihrer Desertion die ihnen anvertrauten Pferde mitgenommen haben; und
- 4) sämtliche Deserteurs, welche wegen eines begangenen Verbrechens und sonst, um der Strafe zu entgehen, desertirt sind, insofern sie sich nicht dieser letztern unterwerfen wollen, in welchem Falle ihnen sodann die für die Desertion selbst verwirkte Strafe erlassen seyn soll.

Alle diejenigen Einländer nun, auf welche die vorstehenden Ausnahmen nicht anwendlich sind, und welche sich der ihnen damit angebotenen Begnadigung theilhaftig machen wollen, haben sich binnen der vorgeschriebenen Frist bei der Obrigkeit ihres vormaligen Wohnorts zu melden und sich in die bei sämtlichen Fürstl. Stadt- und Kreisgerichten zu eröffnenden Listen, mit Angabe ihrer Verhältnisse und der Art, wie sie sich für die Folge zu ernähren gedenken, eintragen zu lassen, sodann aber wegen der Bestimmung über ihre fernerweite Militair-Pflichtigkeit, so wie auch wegen Freilassung ihres etwa mit Arrest belegten Vermögens, das Weitere zu gewärtigen.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen = Canzleisiegels.

Gegeben Carlton House, den 28^{ten} Mai 1816.

(L. S.) *George, P. R.*

Graf von Münster.

- (8.) Verordnung, die nochmalige Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Hypotheken betreffend. D. D. Braunschweig, den 7ten Juni 1816.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Vatters, Herrn Carl, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Da Wir aus bewegenden Gründen beschlossen haben, die durch die Verordnung vom 28^{ten} December v. J. anderweit bis zum 30^{ten} d. M. verlängerte Frist zur Anmeldung hypothekarischer Rechte hiedurch nochmals bis zum 31^{ten} December d. J. zu erstrecken, so verordnen Wir demzufolge, daß alle vor dem 1^{ten} Januar 1817 gehörig angemeldete Hypotheken die ihnen zustehende Rangordnung behalten, die später angemeldeten Hypotheken aber, von dem Zeitpunkte der geschehenen Anmeldung angerechnet, ihren Rang erhalten sollen.

Uebrigens verbleibt es bei den in der Verordnung vom 23^{ten} Mai 1814 enthaltenen Bestimmungen wegen der gesetzlichen und stillschweigenden Hypotheken, und wegen der der Landesherrschaft oder den öffentlichen Cassen zustehenden Forderungen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrückten Fürstl. Geheimen = Canzlei = Siegels.

Braunschweig, den 7^{ten} Juni 1816.

(L. S.)

Auf höchsten Special = Befehl

Graf von der Schulenburg. v. Schleinitz.



Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 8.

Braunschweig, den 15. Juli 1816.

(8.) Verordnung vom 9ten Juli 1816, die Verwendung des Werthes und Schadenersatzes bei solchen Holzfreveln, wo der Eigenthümer des gestohlenen Holzes nicht in Erfahrung zu bringen, betreffend.

GEORG, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Vatters, Herrn Carl, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Da bei Anwendung des Forststraf-Directorii vom 5ten Mai v. J. Zweifel darüber entstanden sind, an wen in denjenigen Fällen, wenn die Holzfreveler der Entwen-

dung von Holz aus den Forsten zwar überführt, jedoch die Holzung, aus welcher das Holz entwendet worden, und dessen Eigenthümer nicht haben in völlige Gewißheit gesetzt werden können, der Werth und Schadenersatz zu erlegen sey; und dann, obwohl der Strenge nach dergleichen herrenlose Objecte dem Fiscus gebühren, Wir dennoch die vorerwähnten lieber zu milden Stiftungen verwandt wissen wollen; so soll in dem Eingangs gedachten Falle der Betrag des Werthes und des Schadenersatzes, welchen der Forstfrevler jederzeit zu entrichten hat, Sechs Monate lang, um dem Eigenthümer hinlängliche Zeit zu lassen, sich zu dem Empfange genügend zu legitimiren, bei dem Gerichte verwahrlich niedergelegt, im Falle aber während selbiger Zeit ein Eigenthümer sich zu deren Empfangnahme nicht angemeldet und legitimirt haben würde, sodann einer den Umständen nach von dem Gerichte zu bestimmenden Armen-Casse abgeliefert werden.

Alle diejenigen, welche Gegenwärtiges angeht, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigesetzten
Fürstl. Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 9^{ten} Juli 1816.



Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorff:
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 9.

Braunschweig, den 30. Juli 1816.

- (9.) Verordnung, die Prorogation des zur Einreichung der Liquidationen gegen Frankreich, durch die Verordnung vom 6ten Februar d. J. festgesetzten Termins betreffend. D. D. Braunschweig, den 22sten Juli 1816.

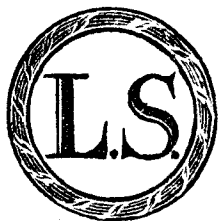
GEORG, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormündschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Da dem Vermuthen nach die von Privat-Personen und Corporationen in den hiesigen Landen, in Gemäßheit der dem Pariser Friedens-Tractate vom 20^{sten} November v. J. angehängten besondern Convention, an die Krone Frankreich zu machenden Forderungen noch nicht sämmtlich bei der hiesigen Landes-Schulden-Liquidations-Commission angemeldet worden sind, so finden

Wir Uns bewogen, die in Unserer Verordnung vom 6^{ten} Februar d. J. vorgeschriebene, mit Johannis d. J. abgelaufene Anmeldungs-Frist der gedachten Forderungen hiedurch noch bis zum 1^{sten} November d. J. zu verlängern. Wir haben daher die Landes-Schulden-Liquidations-Commission angewiesen, die Anmeldungen der gedachten Forderungen noch bis zu dem letzten Zeitpunkte anzunehmen, und haben sämtliche hiesige Landes-Unterthanen, welche sich in dem Falle befinden, dergleichen Reclamationen machen zu können, diesen verlängerten Termin um so pünktlicher inne zu halten, als sie nach dessen Ablauf es sich selbst beizumessen haben werden, wenn ihre Forderungen innerhalb der im vorgedachten Friedensschlusse festgesetzten Jahresfrist nicht mehr geltend gemacht werden können.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 22^{ten} Juli 1816.



Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorf.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 10.

Braunschweig, den 26. August 1816.

- (10.) Verordnung vom 19ten August 1816, die Verlängerung des, zur Eröffnung der niedern Jagd festgesetzten Termins, bis zum 1sten October d. J., betreffend.

GEORG, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Da es bei der in diesem Jahre ungewöhnlich spät eintretenden Erndte zur möglichsten Sicherung der Feldfrüchte gegen etwaige Beschädigungen nothwendig ist, den sonst auf den 4ten September eines jeden Jahrs festgesetzten Termin zur Eröffnung der niedern Jagd bis auf den 1sten October d. J. zu verlängern, so ge-

schieht solches hiemit und haben sich die Forstbedienten und ein Jeder, den es sonst betrifft, danach auf das Genaueste zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Fürstl. Geheimen = Canzlei = Siegels.

Braunschweig, den 19^{ten} August 1816.



Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorf.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 11.

Braunschweig, den 20. September 1816.

- (11.) Verordnung, das Verbot des Verkaufs der von der hiesigen Bibel-Gesellschaft ausgegebenen Bibeln *zc.* betreffend. D. D. Braunschweig, den 14ten September 1816.

GEORG, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg *zc.* In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg *zc.*

Da Wir zur Beförderung des wohlthätigen Zweckes der mit Unserer Genehmigung hieselbst bestehenden Bibel-Gesellschaft, die von derselben ausgegebenen, mit dem Stempel Braunschweigische Bibel-Gesellschaft versehenen Bibeln und sonstigen zur religiösen Belehrung und Erbauung bestimmten Bücher als ein unverlegbares Depositum der öffentlichen Wohlthätigkeit

dem bürgerlichen Verkehr gänzlich entziele... u. daher deren ohne ausdrückliche Zustimmung der Büchsellgesellschaft geschehenen Verkauf, Versatz und sonstige Veräußerungen dergestalt hiemit verbieten wollen, daß nicht nur die Verkäufer und Käufer solcher Bücher den Umständen nach mit angemessener Geld- oder Gefängnißstrafe belegt, sondern auch letztere zur unentgeltlichen Zurückgabe der Bücher angehalten, und, wenn es insbesondere zum Trödel-Handel concessionirte Personen sind, mit dem Verluste des Gewerbescheins angesehen werden sollen, so haben sich sämmtliche Obrigkeiten im Lande und auch sonst ein Jeder, den es betrifft, hienach auf das Genaueste zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Fürstl. Geheimen = Canzlei = Siegels.

Braunschweig, den 14^{ten} September 1816.



Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldack.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 12.

Braunschweig, den 9. October 1816.

(12.) Verordnung vom 3ten October 1816, die in neuern Zeiten errichteten Mühlen betreffend.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Unserer Fürsorge für das Wohl sämmtlicher Landeseinwohner ist es nicht entgangen, daß in Ansehung des Mühlenwesens im Lande in den neuern Zeiten mehrere Veränderungen vorgegangen sind, welche auf denjenigen Punkt zurückzuführen erforderlich wird, wodurch der Bestand der Mühlen eben so sehr mit den billigen Ansprüchen früher bestandener und berechtigt gewesener Müller, als auch mit dem billig zu berücksichtigenden

Nutzen und der Bequemlichkeit der übrigen, idesein-
gesehenen in das gehörige Verhältniß gebracht werde.
Obgleich nun diejenigen, welche nicht vermöge älterer
Berechtigungen oder Concessionen, lediglich auf den
Grund der eine Zeitlang bestandenen Patentsteuer-Ges-
etze, Mühlen aller Art angelegt oder erweitert haben,
sich über eine Verweigerung des Gewerbescheins zur
fernern Ausübung dieses neuerdings ergriffenen Gewer-
bes nicht würden beschweren können, weil jene Gesetze
nur einstweilen und bis zu einer anderweiten Verfügung
noch beibehalten worden, daher sie das Aufhören dieser
provisorischen Einrichtung stets zu gewärtigen hatten, so
haben Wir doch zugleich in Erwägung gezogen, daß,
wenn auch bei der in ältern Zeiten geschehenen Bestim-
mung der Anzahl der bestehenden Mühlen für das da-
malige Bedürfniß hinreichend gesorgt gewesen seyn möch-
te, doch in der Folge der Zeit, theils die vermehrte
Anzahl der Landes-Einwohner, theils auch das Einge-
hen oder die zu weite Entfernung früher bestandener
Mühlen und daher die billige Rücksicht auf die Bequem-
lichkeit des Publikums und schnelle Förderung der Mahl-
gäste, auch die Verwilligung neuer Mühlenanlagen da,
wo solche den wohl begründeten Berechtigungen unnach-
theilig oder der veränderten Umstände halber nothwendig
geworden, mögte herbeigeführt haben, und daß ein sol-
ches den hiesigen Landesgesetzen nicht entgegen, sondern

vielmehr: — denselben vollkommen vereinbarlich ist, indem darin nicht nur der Mühlenzwang gänzlich, sondern auch die Anlegung von neuen Mühlen nur dann verboten ist, wenn selbige zum Nachtheile der bereits vorhandenen Mühlen geschehen würde, ein solcher Nachtheil aber alsdann unerfindlich wäre, wenn der vorgedachten Umstände halber neue Mühlen neben den ältern, ohne den letztern denjenigen Erwerb zu entziehen, auf welchen sie der frühern Verhältnisse halber mit Willigkeit rechnen konnten, bestehen können, und daß es in solchem Falle vorzüglicher ist, denjenigen, welche bereits ihr Vermögen zur Anlegung von Mühlen ganz oder zum Theil verwandt haben, die Ausübung dieses Gewerbes auch für die Folge zu sichern, als denenselben durch Aufhebung ihrer Mühlen einen unwiderbringlichen Verlust dazuzufügen, wo dieselben ohne Nachtheil anderer fortbestehen können, oder wo das Bedürfniß dennoch die Anlegung neuer Mühlen hervorrufen würde. Um alle diese Rücksichten möglichst zu vereinigen und solchergestalt wohlbegründete Rechte mit dem allgemeinen Wohl in Uebereinstimmung zu sichern, haben Wir Uns bewogen gesehen, den gegenwärtigen Zustand des Mühlenwesens im Lande mit der verfassungsmäßigen Ordnung in ein zweckmäßiges Einverständniß zurück zu führen; und verordnen demnach hiedurch folgendes:

§. 1.

Die Berechtigung aller seit dem 1sten Januar 1808 auf den Grund von Patenten oder Gewerbescheinen oder sonstigen Concessionen neu angelegten Mühlen oder Mahlgänge aller Art hört mit dem 1sten Januar 1817 dergestalt auf, daß deren Inhaber auf die fernere Beibehaltung derselben nicht rechnen können, als insofern sie in Gemäßheit nachstehender Verfügungen dazu geeignet werden erachtet werden.

§. 2.

Diejenigen unter ihnen, welche ihre Anlagen der erwähnten Art fernerweit zu benutzen wünschen, haben binnen drei Monaten, vom 1sten Januar 1817 an gerechnet, also bis spätestens zum 31sten März 1817, bei dem Gerichte, unter welchem sie gelegen, auf eine öffentliche Vorladung aller derjenigen anzutragen, welche gegen die Beibehaltung ihrer Anlage ein begründetes Widerspruchsrecht zu haben vermeinen.

Während dieser drei Monate können die bisherigen Inhaber der Mühlen oder Mühlengänge ihr Gewerbe, gegen die damit verknüpften öffentlichen Abgaben und Leistungen, wie bisher fortsetzen: diejenigen aber, welche bis zum 31sten März 1817 auf die erwähnte öffentliche Vorladung nicht angetragen haben, sollen ohne Weiteres als solche angesehen werden, welche das Gewerbe nicht weiter fortsetzen wollen. Sie haben sich dessen vom 1sten

April — o gänzlich und bei derjenigen Strafe zu enthalten, welche gegen die unbefugte Ausübung eines Gewerbes vorgeschrieben ist, und nöthigen Falls sollen ihre Anlagen zu deren weitem Benützung zu dem bisherigen Zwecke auf die kürzeste und ihrem Eigenthumsrechte an den Materialien am mindesten nachtheilige Weise auf Verfügung der competenten Obrigkeit, jedoch auf Kosten der Eigenthümer, unbrauchbar gemacht werden.

Sämmtliche Stadt- und Kreisgerichte haben zu dem Ende nicht nur im Laufe des Monats April 1817 ein Verzeichniß derjenigen Inhaber der seit dem 1sten Januar 1808 neu errichteten Mühlenanlagen, welche auf die öffentliche Verordnung angetragen haben, sondern auch derer, von welchen solches unterlassen worden, und deren Anlagen mithin als zu dem bisherigen Zwecke nicht mehr bestehend zu betrachten sind, an die Fürstl. Cammer einzusenden, sondern auch darauf zu halten, daß die letztern sich derselben nicht ferner bedienen und im entgegengesetzten Falle deren Unbrauchbarmachung, wie obstehet, zu verfügen.

§. 3.

Diejenigen, welche bis zum 31sten März 1817 auf die öffentliche Vorladung angetragen haben, bleiben fernerweit bis zum Ausgang der Sache zu der Ausübung

des Gewerbes, gegen Leistung der d it — nächsten Verpflichtungen, befugt.

§. 4.

Die Gerichte aber haben die nachgesuchten Vorladungen ungesäumt und längstens binnen vier Wochen vom Tage der Anmeldung, daher dergestalt auf jeden Fall zu verfügen, daß die Letztern derselben im Laufe des Monats April 1817 erlassen werden, daher das gesammte Verladungsgeschäft bis Ausgang selbiges Monats ohnfehlbar beendigt seyn muß.

§. 5.

Die in den öffentlichen Vorladungen anzusehenden Termine zur Anmeldung etwaniger Widersprüche sind dergestalt peremptorisch, daß gegen deren Versäumniß gar keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand oder sonst ein Rechtsmittel irgend einer Art Statt finden, vielmehr diejenigen, welche sich nicht gemeldet, mit ihren etwanigen Widersprüchen nicht weiter gehört, sondern damit sofort und auf ewig ausgeschlossen und zum Stillschweigen verwiesen werden sollen. Damit aber dieselben dadurch um so viel weniger sich beschweret crachten können, so sollen die Vorladungen, außer der öffentlichen Bekanntmachung, von Amtswegen und auf Kosten des nachsuchenden Theiles allen denjenigen benachbarten Mühlen-Inhabern, von welchen das Gericht nach der ihm bewohnenden Local-Kenntniß einen Widerspruch vermu-

then k. Am. Ihre Ausnahme allen Mültern gleicher Art, welche inhalb eines Umkreises von einer Stunde um die fragliche Mühle wohnen, insofern deren Mühlen-Anlagen bereits schon vor dem 1sten Januar 1808 vorhanden gewesen, zugesertigt, und in den Krügen oder an den sonst zur Bekanntmachung obrigkeitlicher Verfügungen bestimmten Stellen aller innerhalb eines Umkreises von einer Meile gelegenen Derter angeheftet und die Empfangs- und Anheftungs-Bescheinigungen zu den Acten gebracht werden. Weil aber solchergestalt die öffentlichen Vorladungen hinreichend bekannt werden und ein jeder interessirte Theil eine vorgebliche Unkunde derselben lediglich sich selbst beizumessen hat, so soll auf das Vorgeben eines oder des andern in dem angesetzten Termine etwa ausbleibenden, als habe ihm die persönliche Zufertigung der Ladung geschehen müssen, und sei selbige nicht an ihn gelangt, nicht geachtet, und derselbe demungeachtet mit seinen Widersprüchen nicht ferner gehöret werden.

§. 6.

In dem zur Anmeldung der Widersprüche angesetzten Termine haben die Gerichte das Vorbringen der sich meldenden Personen und die Gründe ihres Widerspruchs zu Protokoll zu nehmen, und darauf ferner mit Anheftung des Gegentheils und sonst den Rechten nach bis zum Erkenntnisse zu verfahren, dabei aber sich alle den Gesetzen nach zulässige Beschleunigung der Sache pflicht-

mäßig, und um so mehr zur Richtschnur zu nehmen, als nicht nur den Parteien, sondern auch sämtlichen Bewohnern der Gegend an der baldigsten endlichen Be- richtigung dieses Gegenstandes sehr gelegen ist.

§. 7.

Das Gericht hat vor Abgebung des Erkenntnisses die Gründe des geschehenen Widerspruchs reiflich zu prüfen, und darüber, wo es nöthig, sich durch Einnehmung des Augenscheins und durch das Gutachten unpar- teiischer Sachverständiger oder sonst solcher Personen, welche von den Localverhältnissen sowohl, als dem ehe- maligen und jetzigen Betriebe der fraglichen Mühlen die beste Kunde besitzen, genügende Kenntniß zu verschaffen, um mit Ueberzeugung beurtheilen zu können, ob die frag- liche Mühle der des widersprechenden Theiles dergestalt nachtheilig sei, daß dadurch der Antrag auf deren Unter- drückung rechtlich begründet werden möge, oder ob sol- ches nicht der Fall, und daher der Widersprechende mit solchem Antrage abzuweisen, und im letztern Falle, ob solches nach Recht und Billigkeit ohne Einschrän- kung, oder aber dergestalt geschehen müsse, daß die bei- zubehaltende Mühle etwa einen angemessenen Theil der auf der ältern haftenden Lasten an Erbenzinsen oder son- stigen dinglichen Leistungen zu übernehmen habe, damit nicht die beizubehaltende Mühle gegen die ältern mit dergleichen

Abgab ~~Le~~ en Mühlen ein nachtheiliges Ueberge-
wicht erhalte.

Da auch schon in den bestehenden Landesgesetzen der Versuch gütlicher Vereinbarung der streitenden Theile den Richtern zur Pflicht gemacht worden, so werden dieselben besonders in dem vorliegenden Falle sich deren Erreichung nach äußersten Kräften anzuwenden lassen.

§. 8.

Sollte aber eine gütliche Vereinbarung der Parteien nicht Statt finden, so ist nach hinlänglich erörterter Sache über alle vorgekommene Punkte ein rechtliches Erkenntniß zu fällen. Dieses bleibt dem rechtlichen Ermessen der richterlichen Behörden billig überlassen, jedoch ist dabei von Amtswegen zu erwägen, nicht zu unterlassen, inwiefern der Widerspruch des Besitzers einer vor 1808 bestandenen Mühle auch dann noch zu berücksichtigen sei, wenn derselbe solche seit der Einführung der Patentsteuer, mithin zu einer Zeit, wo auf die früheren Gerechtsame nicht zu rechnen war, von dem früheren Besitzer gekauft, oder sonst auf andere Weise als durch Erbgang erworben, oder auch wenn er die Mühle, wegen der er das Widerspruchs-Recht ausüben will, selbst außer Gebrauch gesetzt hat, oder wenn andere Mühlen in der Gegend, welche früher im Gebrauche waren, eingegangen oder nicht hinreichend ersetzt sind, und endlich, wenn die Zunahme der Volksmenge in der fraglichen Gegend


auch ohne Hinsicht auf die Gewerbesteuer ~~so~~ ang die Anlegung neuer Mühlen nothwendig ge~~o~~rt hätte; und zugleich, im Falle das Erkenntniß für die Beibehaltung einer oder der andern neuerdings entstandenen Mühlenanlage ausfallen würde, ist dasselbe sodann darauf mit zu erstrecken, inwiefern deren Besitzer einen Theil der auf den ältern, mit ihm concurrirenden, Mühlen haftenden dinglichen Lasten zu übernehmen anzuhalten sei, und dessen Verhältniß im Erkenntniß zugleich mit festzusetzen, so wie auch zu bestimmen, ob und inwiefern der betreffende Mühleninhaber den ihm auferlegten Theil selbiger dinglicher Lasten vom 1sten Januar 1814, oder nur vom Tage des rechtskräftigen Erkenntnisses an, zu übernehmen schuldig sei.

§. 9.

Wenn der eine oder der andere Theil sich durch ein solches Erkenntniß beschwert zu sein erachten würde, bleibt es in Ansehung der Rechtsmittel bei den Vorschriften der bestehenden Gesetze, die richterlichen Behörden haben aber auch im Falle eingewandter Appellationen die möglichste Beschleunigung der Sache sich angelegen sein zu lassen.

§. 10.

Sämmtliche Gerichts- Behörden werden hiedurch angewiesen, von dem Inhalte eines jeden rechtskräftigen Erkenntnisses über diesen Gegenstand der Fürstlichen

Cammer  zu ertheilen, damit selbige nicht nur darüber, daß dem nachgekommen werde, polizeilich halten, sondern auch in Ansehung der Gewerbesteuer das deßhalb Nöthige verfügen könne.

§. 11.

Sammtliche richterliche B hörden, so wie übrigens alle diejenigen, welche der Gegenstand dieser Verordnung angeht, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 3^{ten} October 1816.



Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorff.
v. Schleinitz.



Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 13.

Braunschweig, den 8. November 1816.

- (13.) Verordnung vom 15ten October 1816, das Verbot und die Bestrafung der Beschädigungen öffentlicher Anpflanzungen betreffend.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Vatters, Herrn Carl, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Die so sehr nützliche und bereits in mehreren Orten mit gutem Erfolge geschehene Beförderung der Pflanzungen aller Art an offenen Straßen und Plätzen kann auf keine Weise zu einigem bleibenden Bestande gedeihen, und diejenigen, welche sich derselben um des öffentlichen Nutzens willen bisher mit Eifer unterzogen, müssen zur fernern Ausdauer in diesem Unternehmen den Muth verlieren, wenn nicht solche Pflanzungen vor

muthwilligen oder frevelhaften Beschädigungen der Art ernstlich geschützt werden. Obgleich man erwarten sollte, daß ein Jeder dergleichen gemeinnützige Vorrichtungen hinreichend achten und eher zu deren Erhaltung und Verbesserung beitragen, als sich erlauben würde, selbige zu beschädigen oder deren Verletzung gleichgültig geschehen zu lassen, so lehrt doch die Erfahrung, daß dieses letztere entweder aus Muthwillen, oder um eines unrechtfertigen Gewinnes halber, oder aus Sorglosigkeit derer, welche bei einiger Aufmerksamkeit auf ihre Untergebenen, deren Unverstande hierin Einhalt thun könnten, in neuern Zeiten wiederum überhand genommen hat; und obwohl gegen die Frevel dieser Art bereits durch mehrere frühere Landesherrliche Verordnungen Vorsehung getroffen, so sind doch selbige theils nicht allgemein umfassend, theils aber scheinen sie entweder in Vergessenheit gerathen, oder aber durch die bei ihrer Anwendung eingetretenen Schwierigkeiten minder beobachtet worden zu seyn.

Um daher den hieraus entstehenden Nachtheilen zu vorzukommen und die Beschädigung der öffentlichen Pflanzungen möglichst abzuwenden, wollen Wir mit Aufhebung der ältern, über diesen Gegenstand vorhandenen, Gesetze darüber hiedurch Folgendes verordnen:

§. 1.

Das Entwenden, Ausziehen, Umhauen und jede sonstige frevelhafte oder muthwillige Beschädigung der an den Landstraßen, Wegen und Alleen, auf den freien und

Öffentl. in Spaziergängen und Gemeinheiten, so wie an Ufern der Flüsse, Bäche und Gräben gepflanzten Bäume, Büsche und Hecken aller Art und an allen Orten, wo die Forstgesetze nicht bereits ihre Anwendung finden, mithin eben sowohl in den Städten oder deren Nähe, als auf dem platten Lande, nicht weniger das Ausziehen der Baumstangen und sonstiger mit den Pflanzungen in Verbindung stehender Befestigungs- oder Befriedigungsmittel, ist verboten, und soll mit nachfolgenden Strafen belegt werden.

§. 2.

Ein Jeder, welcher unbefugter Weise einen Baum, welches Alters oder Gattung selbiger sey, von den vorgenannten Pflanzungen oder Orten entwendet, oder dergestalt beschädigt, daß derselbe für die Pflanzung unbrauchbar wird, verfällt in eine Strafe von zehn Thaler, oder, wenn er des Vermögens, selbige zu erlegen, nicht ist, in vierzehntägiges Gefängniß, abwechselnd bei Wasser und Brot.

§. 3.

Das unbefugte Entwenden, Beschädigen oder Abbrechen einzelner Zweige oder eigentlicher Sträucher, so wie der Baumstangen und anderer Befestigungs- oder Befriedigungsmittel soll nach Verhältniß der Beschädigung mit 1 — 9 Thaler Geld oder verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe geahndet werden. In derselben Masse soll auch das Beschädigen der Bäume, welches durch Anhauen oder Einreißen der Rinde geschieht, bestraft

werden, insofern der Baum dadurch ^{gan} ^z unbrauchbar geworden.

§. 4.

Die Absicht entschuldigt Niemanden, und es ist in dieser Hinsicht gleichgültig, ob es aus Gewinnsucht oder Muthwillen, oder aus irgend einer sonstigen Absicht geschehen sey.

§. 5.

Vorgedachte Geldstrafen fließen, jedoch mit Berücksichtigung des §. 14, in diejenige Casse, aus welcher die beschädigte Anlage erhalten wird, oder insofern diese einem Privatmanne gehören sollte, in die Casse der Gemeinde, innerhalb deren Feldmark die Anlage befindlich ist.

§. 6.

Außerdem aber ist der Beschädiger noch den Schaden zu ersetzen verbunden. Dieser Schadenersatz soll dadurch geleistet werden, daß statt des beschädigten oder entwendeten Gegenstandes ein anderer von gleicher Art und, so viel thunlich, gleicher Größe auf Veranstaltung derjenigen Behörde, welcher die Aufsicht über die Pflanzung zusteht, wieder gesetzt wird, und die hierdurch erwachsenen Kosten von dem Beschädiger unnachsichtlich beigetrieben werden; vorbehältlich des weitern Schadenersatzes, insofern der Verlust des Eigenthümers durch den Natural-Ersatz nicht vollständig gedeckt werden könnte.

Der Schadenersatz für einzelne Zweige, deren Beschädigen oder Abbrechen den Baum oder Strauch für die Pflanzung nicht untauglich macht, soll durch Entrichtung

einer *Edlan*, welche dem Werthe eines Baumes oder *Se* von gleicher Stärke mit dem abgebrochenen oder besägten Theile und den Pflanzungskosten dafür gleich ist, an den Eigenthümer geleistet werden.

§. 7.

Im Fall der Verurtheilte nicht im Stande wäre, die Kosten der in dem vorigen §. erwähnten Nachpflanzungen oder Entschädigungen zu tragen, so soll deshalb eben so verfahren werden, wie §. 22. der Landesherrlichen Verordnung vom 5ten Mai 1815, das Verfahren in Forststrafsachen betreffend, vorgeschrieben worden.

§. 8.


Vorbestimmte Strafen und Schadenersatz treffen Jeden, wes Alters, Standes und Geschlechts er sey, welcher sich Beschädigungen an den vorerwähnten öffentlichen Anlagen erlauben wird.

§. 9.

Da aber die Pflicht sämtlicher Einwohner des Landes es mit sich bringt, dafür zu sorgen, daß durch die ihrer Zucht oder Aufsicht untergebenen Personen dergleichen Beschädigungen nicht geschehen, so können sie sich nicht entziehen, auch für selbige die Strafen und Schadenersatz zu leisten, wenn sie durch häusliche Zucht und Aufsicht nicht bewirken, daß von den Thrigen dergleichen Frevel oder Muthwille unterbleibe.

Daher sind in der Regel folgende Personen dazu verpflichtet:

- 1) die Eltern für die bei ihnen sich aufhaltenden Kinder;

- 2) die Lehrherren für ihre Lehrlinge,  Erbschaften für ihr Gesinde;
 - 3) die Vorsteher von Erziehungs-Anstalten für die in ihrer Kost befindlichen Zöglinge;
 - 4) die Vormünder für ihre Pflegebefohlenen, welche sie bei sich in Wohnung und Kost haben, so wie auch jeder andere, welchem Zöglinge in Wohnung und Kost anvertrauet sind;
- jedoch nach folgenden Bestimmungen:

§. 10.

Da Kinder vor zurückgelegtem sechsten Jahre nicht ohne Aufsicht an offenen Orten gelassen werden dürfen, so trifft die Strafe und der Schadenersatz für Beschädigungen, welche von denselben geschehen würden, jedesmal und unnachlässiglich die im vorigen §. erwähnten zur Aufsicht über dieselben verpflichteten Personen.

§. 11.

Bei jungen Leuten vom 6ten bis zum zurückgelegten 14ten Jahre haben gleichfalls deren Vorgesetzte die Geldstrafe und den Schadenersatz aus dem eigenen Vermögen derselben, wenn sie ein solches besitzen, zu erlegen.

Wenn aber die jungen Leute eigenes dazu hinreichendes Vermögen nicht haben sollten, so steht, in Betrachtung, daß solche nicht stets unter augenblicklicher Aufsicht gehalten werden können, deren Vorgesetzten die Wahl frei, ob sie die Geldstrafe selbst erlegen und die häusliche Züchtigung sich vorbehalten oder die jungen Leute der obrigkeitlichen Bestrafung unterwerfen wollen.

2. **Leß:** Falle soll in Betracht der Jugend der in Anspruch genommenen, nicht auf Gefängniß, sondern auf eine nach Maaßgabe des Alters und Vergehens von der Polizei-Obrigkeit des Orts zu bestimmende Züchtigung erkannt werden; der Schadenersatz fällt in diesem Falle gänzlich hinweg.

Junge Leute über 14 Jahre werden, wenn sie zur Erlegung der Geldstrafe und des Schadenersatzes nicht vermögend und deren obgedachte Vorgesetzte dazu gleichfalls nicht erbötig seyn würden, mit der ordentlichen Gefängnißstrafe belegt, und nach §. 7. zum Schadenersatz angehalten.

§. 12.

Würde aber Jemand Kinder oder junge Leute zu dem vorbemerkten Frevel anleiten oder aufmuntern, so trifft die Strafe und der Schadenersatz in jedem Falle nicht diese, sondern ihn selbst.

§. 13.

Wiederholung des Vergehens, welches den Gegenstand dieser Verordnung ausmacht, zieht die Verdoppelung der zuletzt erlittenen Strafe, nicht aber des Schadenersatzes nach sich.

§. 14.

Derjenige, welcher den Thäter eines Frevels der mehrgedachten Art dergestalt nachweist, daß selbiger zur gebührenden Strafe gezogen werden kann, erhält dafür auf Verlangen eine Belohnung von 1 bis 5 Thaler. Diese wird von den Strafgeldern genommen, und nach Maaßgabe der Größe des Vergehens von den Gerichten bestimmt.

Im Falle eine Geldstrafe nicht erl. werd. würde, sollen die Gerichte befugt seyn, selbige aus der Gerichtssporteln-Casse auszahlen lassen und in Rechnung zu bringen.

§. 15.

Alle diejenigen nun, welche dieses angeht, haben sich hienach gebührend zu achten und besonders die Eltern, Schullehrer, Vorsteher öffentlicher und Privat-Erziehungs-Anstalten, auch die Lehrherren und Herrschaften, so viel an ihnen ist, durch wiederholtes Einschärfen des in dieser Verordnung enthaltenen Verbotes an die ihrer Belehrung oder Erziehung anvertraute Jugend, Uebertretungen dieser Verordnung möglichst vorzubeugen, und dadurch sowohl sich selbst, als ihre Untergebene vor Nachtheil und Verantwortung zu hüten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzleisiegels.

Carlton House, den 15^{ten} October 1816.

(L. S.) *George, P. R.*

Graf von Münster.

B e r i c h t i g u n g .

In dem 12ten Stücke der diesjährigen Verordnungs-Sammlung ist Pag. 85. Z. 14 von oben, anstatt; „welche auf die öffentliche Verordnung angetragen haben“ zu lesen: „welche auf die öffentliche Vorladung angetragen haben.“

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 14.

Braunschweig, den 20. December 1816.

- (14.) Verordnung wegen eines mit den Fürstlichen Häusern Waldeck und Pyrmont, Lippe und Schaumburg-Lippe zu Wolfenbüttel zu errichtenden gemeinschaftlichen Ober-Appellations-Gerichts. D. D. Braunschweig, den 13ten December 1816.

GEORG, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Demnach die Fürstlichen Häuser Waldeck und Pyrmont, Lippe und Schaumburg-Lippe wegen Errichtung eines gemeinschaftlichen Ober-Appellations-Gerichts

sich vereinigt, und zu diesem Zwecke f — Verbin-
 dung mit dem hiesigen Herzogthume angetragen, auch
 Wir Uns nunmehr mit den vorgenannten Häusern die-
 serhalb vereinigt und wegen Errichtung dieses höchsten
 Gerichts in Wolfenbüttel, so wie auch dessen sorderfam-
 ster In stallirung und Eröffnung, das Nöthige abge-
 schlossen und verabredet haben; so wollen Wir solches
 hiemit zur allgemeinen Kenntniß bringen, und deshalb
 Folgendes hiedurch verordnen:

§. 1.

Mit dem zweiten Januar k. J. gehen die Geschäfte
 der bisherigen Appellations-Commission, als höchster
 richterlicher Instanz für die hiesigen Lande, an das an
 diesem Tage sofort in Wirksamkeit tretende Ober-App-
 ellations-Gericht über.

Die bisherigen Mitglieder der Appellations-Com-
 mission und die von den obengenannten Fürstl. Häusern
 benannten beiden Rätthe treten als Mitglieder des Ober-
 Appellations-Gerichts in dasselbe ein.

Die zeither bei der Appellations-Commission ange-
 stellt gewesenen Procuratoren versehen auch von dem ge-
 dachten Zeitpunkte an, bis auf Weiteres, das Amt der
 Procuratoren bei dem Ober-Appellations-Gerichte.

§. 2.

Das Gericht wird den Namen führen: Ober-Appellations-Gericht des Herzogthums Braunschweig und der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, Lippe und Schaumburg-Lippe.

§. 3.

Dieses gemeinschaftliche Ober-Appellations-Gericht wird die Appellationen von dem Landesgerichte und den Obergerichten der genannten Fürstenthümer annehmen, und zwar in denen nach den Gesetzen und dem Herkommen eines jeden Landes dazu geeigneten Fällen.

§. 4.

Auch sollen Beschwerden über verweigerte und verzögerte Justiz gegen das hiesige Landesgericht und die Obergerichte der benannten Fürstenthümer bei demselben angebracht und von ihm Beförderungsschreiben und nöthigenfalls Strafbefehle an diese Gerichte erlassen werden können.

§. 5.

Sämmtliche für die Appellations-Commission erlassene und in Hinsicht des Verfahrens und Proceßganges, auch der Sporeten für diese geltenden Verordnungen

gen, sind bis auf Weiteres und bis zur Verurtheilung einer gemeinschaftlichen Ober-Appellations-Gerichts-Ordnung, auf deren baldige Erlassung Bedacht genommen werden soll, in allen an dasselbe gelangenden Rechtsfachen auch für das Ober-Appellations-Gericht gültig.

Dasselbe hat die Rechtsfachen, welche zu seiner Entscheidung gebracht werden, nach den Gesetzen und Ordnungen, auch rechtmäßigen Gebräuchen und Gewohnheiten eines jeden Landes, woher die Berufungen an selbiges gelangen, zu beurtheilen und darin zu erkennen.

§. 6.

Sämmtliche bei der Appellations-Commission anhängige Processe gehen in derjenigen Lage, in welcher sie sich am 2ten Januar k. J. befinden, an das Ober-Appellations-Gericht über, und sind in Gemäßheit gegenwärtiger Verordnung vor demselben fortzusetzen.

§. 7.

Die Vollstreckung der Erkenntnisse des Ober-Appellations-Gerichts soll allhier durch das Landesgericht und in den andern Fürstenthümern durch die in selbigen angeordneten Obergerichte besorgt werden.

Sämmtliche Gerichte und betreffende Behörden, so

wie überhaupt alle diejenigen, welche dieses angeht, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 13^{ten} December 1816.



Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorff.
v. Schleinitz.

- (15.) Verordnung vom 13ten December 1816, die in Wolfenbüttel errichtete Lehn- und Gränz-Commission betreffend.

G E O R G, von Gottes Gnaden Prinz Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unseres vielgeliebten Veters, Herrn **C a r l**, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Da Wir zur Besorgung der bisher vermöge der Verordnung vom 15ten Januar 1814 von der Appellations-Commission bearbeiteten Lehn- und Gränz-Angelegenheiten des hiesigen Herzogthums nunmehr eine besondere Lehn- und Gränz-Commission zu Wolfenbüttel niedergesetzt haben, welche von dem 2ten Januar k. J. an gerechnet, die dahin gehörigen Geschäfte besorgen wird, so hat ein Jeder, welcher in diesen Angelegenheiten etwas vorzubringen oder nachzu-

suchen hat, 'von diesem Tage an, sich an die genannte Commission zu wenden, und haben Wir solches zu dem Ende zu Jedermanns Wissenschaft hiedurch gelangen lassen wollen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen = Canzlei = Siegels.

Braunschweig, den 13^{ten} December 1816.

(L. S.)

Auf höchsten Special = Befehl

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorf.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 15.

Braunschweig, den 24. December 1816.

(16.) Verordnung vom 19ten December 1816, das
Fürstl. Leihhaus betreffend.

GEORG, von Gottes Gnaden Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c.

Durch fortgesetzte und sorgfältige Beobachtung des Fortganges der Geschäfte der für die Gesamtheit der hiesigen Landeseinwohner überaus wichtigen hiesigen Leihhaus-Anstalt haben Wir mit Zufriedenheit wahrgenommen, daß dieselbe im Laufe des gegenwärtigen Jahrs fortgefahren ist, ihre Verbindlichkeiten, so wie solche durch Unsere Verordnung vom 18ten December v. J.

näher bestimmt sind, mit angemessener Pünktlichkeit zu erfüllen, und daß auch in Folge Unserer, in der gedachten Verordnung näher enthaltenen Verfügungen der Credit der Anstalt nicht nur gehoben, sondern dieselbe auch in den Stand gesetzt worden, nunmehr zur allmählichen Tilgung ihrer vor dem 1sten November 1813 eingegangener Schuldverpflichtungen vorzuschreiten. Es liegt aber in der Natur der Sache, daß, so vortheilhaft auch die Lage des Vermögensbestandes dieser Anstalt ist, dieselbe dennoch durch den Andrang ihrer Gläubiger in eine unüberwindliche Verlegenheit gerathen würde, so lange es ihr unmöglich ist, über ihr Activ-Vermögen eben so schnell und wirksam zu disponiren, als ihre Gläubiger sich beeilen könnten, ihre an dasselbe habenden Forderungen sämmtlich realisiren zu wollen. In Unserer Verordnung vom 18ten December 1815 haben Wir bereits auf die für das Ganze nachtheiligen Folgen aufmerksam gemacht, welche daraus entstehen würden, wenn sämmtlichen Gläubigern des Leihhauses die uneingeschränkte Kündigung ihrer Capitalien frei gestellt würde. Diese Nachtheile sind auch anseht noch vorhanden, und es ist daher unvermeidlich geworden, den Stundungsbrief der gedachten Anstalt, jedoch mit den unterm

18ten December v. J. bereits verfügten Beschränkungen, anderweit zu erneuern.

Zu gleicher Zeit aber haben Wir verfügt, daß im nächstkünftigen Jahre mit der Rückzahlung der vor dem 1sten Novbr. 1813 aufgenommenen, mithin in der verwilligten Etundung begriffenen Anlehne unverzüglich der Anfang gemacht werde.

Zu diesem Zwecke sollen die bei Fürstl. Leihhause vorrathigen und ferner eingehenden Gelder, so weit solche dem Hauptzwecke der Anstalt und der Erfüllung der ihr nach Unserer Verordnung vom 18ten December v. J. bereits unachtsichtlich obliegenden Verbindlichkeiten unachtheilig, dazu verwandt werden können, bestimmt werden. Wir werden Uns daher fortgesetzt die Uebersichten des Vermögensbestandes des Fürstl. Leihhauses vorlegen lassen und darnach von Zeit zu Zeit, und so oft als thunlich, diejenige Summe festsetzen, welche zur Rückzahlung der ältern Anlehne verwandt werden soll.

Damit aber dabei mit völliger Unparteilichkeit zu Werke gegangen und zugleich dasjenige Verfahren beobachtet werde, welches unter mehreren thunlichen das leichteste und der Billigkeit angemessenste ist, so soll die Reihenfolge der Rückzahlungen durch das Alter der Forde-

rungen bestimmt, und übrigens nach folgenden Grundsätzen verfahren werden:

- 1) Sogleich nachdem Wir die jedesmal abzubezahlende Summe bestimmt haben, soll durch die hiesigen Anzeigen der Zeitraum bekannt gemacht werden, aus welchem die Obligationen, ihrem Datum nach, für dasmal zur Rückzahlung kommen.
- 2) Die Gläubiger, welche Verschreibungen aus jenem Zeitraume besitzen, erhalten dadurch das Recht, die Rückzahlung ihrer durch die Aufforderung bezeichneten Capitalien zu verlangen.
- 3) Sie sind aber nicht verpflichtet, ihre Capitalien zurückzunehmen, sondern können solche auch fernerweit bei dem Fürstl. Leihhause stehen lassen. In diesem Falle genießen sie den Vortheil, daß ihre Forderung aufhört, unter der Beschränkung des Stundungsbriefes zu stehen, vielmehr also betrachtet wird, als sei an dem Tage des desfallsigen Vermerks unter der Obligation ein neuer, und daher der Stundung nicht unterworfenen Darlehensvertrag mit dem Leihhause von ihnen eingegangen.
- 4) Eben so wenig sind die aufgerufenen Gläubiger

verbunden, ihr Capital sogleich in Empfang zu nehmen, sondern es bleibt ihnen billig die Wahl frei, ob sie dasselbe erst mit dem Ablaufe der in der Schuldverschreibung enthaltenen Kündigungsfrist in Empfang nehmen wollen; jedoch soll dasselbe, wenn sie es wünschen, ihnen auch sofort ohne Aufenthalt zurückgezahlt werden.

5) Damit nun die aufgerufenen Gläubiger um so gewisser von der sie getroffenen Reihenfolge der Zahlung unterrichtet werden, soll die Fürstl. Leihhaus-Commission, unabhängig von der öffentlichen Bekanntmachung, einen jeden derselben, insofern er ihr bekannt ist, durch ein besonderes Schreiben davon unterrichten, und ihn zur Erklärung auffordern, ob er sein Capital ferner darlehnsweise stehen lassen, oder aber dasselbe und zwar sogleich oder mit Ablauf der Kündigungsfrist zurückgezahlt haben wolle.

6) Die Gläubiger haben hierauf sich spätestens binnen sechs Wochen, vom Datum der in den Anzeigen enthaltenen Bekanntmachung an, bestimmt zu erklären, und wie selbige Bekanntmachung als eine Kündigung von Seiten des Leihhauses anzusehen

ist, so haben alle diejenigen, welche sich binnen gedachten sechs Wochen zu erklären versäumen sollten, zu gewärtigen, daß sie als solche angesehen werden, welche die Zahlung nach Ablauf der Kündigungsfrist erwarten, daher sie der Befugniß verlustig werden, die Rückzahlung früher zu empfangen oder auch längere Verzinsung zu gewärtigen, wenn sie mit der Empfangnahme des Capitals über die obligationsmäßige Frist hinaus, zögern sollten, es sei denn, daß sie nachher wegen der fernern Beibehaltung des Capitals mit der Leihhausverwaltung anderweite Uebereinkunft träfen, in welchem Falle die Verzinsung von dem Tage einer solchen Verabredung, gleichwie bei einem neuen Anlehne, wieder ihren Anfang nehmen würde.

- 7) Ausgenommen von dieser Verfügung bleiben diejenigen Capitalien, welche ohnehin nicht willkürlich gekündigt werden dürfen, als diejenigen Cautions-Capitalien, deren Verhaftung noch fortdauert, und die Capitalien derjenigen Kirchen und Stiftungen, welche zur Belegung ihrer Ueberschüsse bei dem Fürstl. Leihhause verpflichtet sind, oder

unter unmittelbarer Verwaltung der Staatsbehörden stehen, daher doch sofort wieder bei dem Fürstl. Leihhause belegt werden müssen. Diese werden, wenn sie auch die Reihe trifft, nicht aufgerufen, und soll, wenn dereinst die Nothwendigkeit ihrer Rückzahlung eintreten würde, deshalb außer der Ordnung den Umständen nach Verfügung erfolgen.

- 8) Der erste Aufruf zur Rückzahlung soll im Laufe des Monats Januar k. J. erfolgen, und damit sobald und so oft es thunlich ist, fortgeföhren werden.

Wir gewärtigen, daß diese Verfügungen dazu dienen werden, sowohl die Gläubiger des Fürstl. Leihhauses zu überzeugen, daß nichts, was die Umstände irgend zulassen, verabsäumt werde, um diese für das Ganze so wohlthätige Anstalt nicht nur in ihrer vollen Wirksamkeit zu erhalten, sondern auch sie nach und nach wieder auf den wünschenswerthen Standpunkt zurückzuführen, wo sie jede ihrer, sowohl ältern, als neuern Verbindlichkeiten prompt und ungehindert vollständig wird erfüllen, und der Nothwendigkeit einer Stundung ihrer Zahlungsverbindlichkeiten gänzlich wird überhoben sein können. Um so viel mehr können Wir denn auch voraussetzen,

daß das öffentliche Vertrauen zu derselben, so wie es bereits im gegenwärtigen Jahre zugenommen hat, auch fernerweit in dem frühern vollständigen Maaß ihr wieder zu Theil werde, und auch diejenigen Behörden, welche ihre Gelder ihr anzuvertrauen theils verpflichtet, theils aufgefördert sind, sich deren Unterstützung auch in dieser Hinsicht, so viel an ihnen ist, thätigst werden anlegen sein lassen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen=Canzlei=Siegels.

Braunschweig, den 19^{ten} December 1816.



Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorf.
v. Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 16.

Braunschweig, den 30. December 1816.

(17.) Verordnung vom 10ten December 1816, die Liquidation der Landesschulden betreffend.

Wir **GEORG**, von Gottes Gnaden, Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg.

fügen hiemit zu wissen:

Im Gefolge Unserer Verordnung vom 4^{ten} December 1815, und durch die ausgezeichnete Sorgfalt der niedergesetzten Liquidations-Commission ist bereits der größere Theil der im §. 4. selbiger Verordnung erwähnten öffentlichen Schuldforderungen dergestalt zur Berichtigung gebracht, daß die darauf lautenden ursprünglichen Verbriefungen deren rechtmäßigen Eigenthümern haben zurückgegeben, und diese in den Stand gesetzt werden können,

darauf die im vorerwähnten §. 4. zugesicherte Bezahlung der laufenden Zinsen nicht nur, sondern auch den durch Unsere Verordnung vom 6^{ten} Mai d. J. verfügten Abtrag der Hälfte der rückständig gebliebenen Zinsen in Empfang zu nehmen. Der fernere Verfolg dieses Gegenstandes und dessen baldigste schließliche Beendigung aber wird nicht nur für den Staatshaushalt, um eine vollständige Uebersicht sämmtlicher, noch dem Herzogthume obliegenden Schuldverpflichtungen zu erhalten, sondern auch für die Staatsgläubiger um so wünschenswerther, als Wir durch Unsere Verordnung vom heutigen Tage auch die Ausbezahlung der zweiten Hälfte der rückständigen Zinsen verfügt haben, daher der Gegenstand für diejenigen, welche durch eigenen oder anderer Mangel an Betriebsamkeit von der Empfangnahme dessen, was ihnen rechtmäßig gebührt, zurückgehalten werden, immer bedeutender wird. Um daher diesen möglichst zu Hülfe zu kommen, und den Betrag sämmtlicher hiesiger Staatsschulden baldigst vollständig übersehen zu können, wollen Wir hiedurch zur weiteren Vervollständigung des Liquidations-Geschäftes folgendes fernerweit erklären und verordnen:

§. 1.

Es ist bereits in Unserer Verordnung vom 4^{ten} December v. J. deutlich enthalten, daß der Gegenstand der Liquidation, und daraus folgenden Zinserhebung, keine andere, als die ursprünglichen hiesigen, im §. 4. selbiger Verordnung genügend bezeichneten Verschreibungen über die öffentliche Schuld, und das Liquidationsverfahren deshalb eingeleitet sey, um den rechtmäßigen Eigenthümern

dieser nicht in ihren Händen befindlichen, sondern bei der Liquidations-Commission aufbewahrten Obligationen, selbige zu obgedachtem Gebrauche wieder auszuhändigen zu können, und hat es bei dieser Bestimmung sein ferneres Verbleiben.

§. 2.

Daraus folgt aber ohne Weiteres, daß es gar nicht die Absicht gewesen, noch anseht sey, jene alten und ursprünglichen Verbriefungen umzuschreiben, und in andere, etwa kleinere zu verwandeln, um diejenigen theilweise zu befriedigen, welche auf die ganze Obligation nicht, sondern nur auf einen Antheil an derselben Anspruch machen. Vielmehr ist, da eine solche Obligation als ein einziges Ganzes betrachtet wird, den jetzigen Eigenthümern eines Antheiles daran nachgelassen und vorgeschrieben, sich mit den übrigen Theilnehmern an selbigem Documente über den Besiz des ganzen Documentes auf die vorgeschriebene Weise zu vereinbaren, und muß es auch dabei sein unabänderliches Bewenden behalten, indem das ganze Document niemanden ausgehändigt werden kann, der nur zu einem Antheile daran legitimirt ist.

§. 3.

Unsere Verordnung vom 4^{ten} December v. J. bestimmt deutlich genug, daß bei der gegenwärtigen Liquidation der hiesigen öffentlichen Schuld, auf Westphälische Papiere, insofern solche nicht für ältere hiesige Verbriefungen ausgegeben sind, keine Rücksicht genommen werden könne, und daß die verfügte Einlieferung der Westphälischen Papiere nur den Zweck hat, dadurch und durch

die übrigen Vorschriften selbiger Verordnung den Beweis zu führen, daß durch den rechtmäßigen Besitz derjenigen Papiere, welche für die ältere hiesige Verbriefung umgetauscht worden, der Vorzeiger derselben sich den Besitz der Summe, über welche jene ältere Verschreibungen lauten, erhalten oder rechtmäßig verschafft habe. Weil indessen es den Anschein gewinnt, als sey diese Bestimmung nicht allenthalben gleichmäßig verstanden worden, so haben Wir solche hiedurch nochmals ausdrücklich wiederholen und erklären wollen, daß ein Westphälisches Papier, es möge Namen haben, wie es wolle, als solches allein zur Begründung eines Anspruchs an den hiesigen Staat nicht genüge, und zu dem Behufe von der Liquidations-Commission nicht angenommen werden dürfe, sondern daß dasselbe nur als ein Beweismittel des rechtmäßigen Besitzes der Summe, über welche die ältere hiesige Obligation lautet, und daher lediglich zum Umtausche gegen die Letztere dienen, und nur zu dem Behufe angenommen werden könne.

§. 4.

Diejenigen also, welche die Herausgabe angeblich ihnen gehöriger älterer hiesiger öffentlicher Schuldverschreibungen verlangen, haben diejenige Obligation, welche sie als ihr Eigenthum in Anspruch nehmen, hinreichend zu bezeichnen, und daß sie deren rechtlichen Besitz sich erhalten oder erworben haben, durch Auslieferung derjenigen Westphälischen Papiere, welche dafür ausgegeben worden, und keiner andern, und zwar der Gesamtheit der für die ältere Obligation ausgegebenen Westphälischen

Papiere, so wie in den Fällen, wo solches nach Unserer mehr angezogenen Verordnung erforderlich ist, der Zustimmung derer, welche hieselbst als rechtmäßige Inhaber solcher ältern Verschreibungen bis auf Weiteres betrachtet werden, darzulegen, und kann von dieser Verfügung um so weniger abgegangen werden, als ein Jeder, der einen Gegenstand als den seinigen in Anspruch nimmt, den Gegenstand genügend bezeichnen und sich als dessen rechtlichen Besitzer legitimiren muß.

§. 5.

Die Liquidations-Commission hat dabei, so wie bisher, auch ferner fortzufahren, den sich zum Eintausch ihrer frühern Verbriefungen meldenden Personen mit den bei ihr vorhandenen Nachrichten dergestalt zu Hülfe zu kommen, daß die Nachweisung der für die innehabenden Westphälischen Papiere zurückgenommen gewesenen ältern Obligation, und auch die Person dessen, der sie zum Umtausch ausgeliefert, so viel an ihr ist, ausgemittelt und überall der rechtmäßige Besitzer hiesiger Schuldverschreibungen thunlichst zu seinem Eigenthume verholffen werde. Weiter aber kann von Seiten der Commission nicht eingeschritten werden, und ist die Beschaffung der nöthigen Legitimation übrigens lediglich Sache der Parteien.

§. 6.

Weil inzwischen theils der gänzliche Abschluß der Liquidation der hiesigen öffentlichen Schuld nicht von der mehrern oder mindern Sorgfalt der einzelnen Gläubiger abhängig bleiben kann, theils aber auch diejenigen, welche nur zu einem Theile der einzelnen Obligationen berechtigt

sind, durch die verzögerte Liquidation von Seiten der Inhaber der übrigen Antheile ungebührlich aufgehalten werden, und denn hinreichend bekannt, daß die Westphälischen Papiere über die hiesigen öffentlichen Schulden sämmtlich unter den Buchstaben C., Ca. und Cb. ausgefertigt worden, mithin nur diese und keine andere Westphälische Papiere an die Stelle der ursprünglichen hiesigen Verschreibungen getreten seyn können, so wird aus der angegebenen gedoppelten Hinsicht hiedurch fernerweit verordnet, daß alle diejenigen noch nicht eingereichten Westphälischen Papiere unter den Buchstaben C., Ca. und Cb., deren Inhaber gemeinet sind, aus deren Besitze Ansprüche auf die ältern hiesigen Verbriefungen zu machen, bis zum Ablaufe des Monats Juni 1817 sämmtlich bei der Liquidations-Commission einzureichen sind, nach Ablauf dieses Termins, also vom 1^{sten} Juli 1817 an, aber keine dergleichen Papiere zu obigem Zwecke mehr angenommen werden sollen.

S. 7.

Alle diejenigen also, welche gemeinet sind, durch den Besitz Westphälischer Papiere Ansprüche auf ältere hiesige Verschreibungen ganz oder zum Theil geltend zu machen, haben selbige bis spätestens den 30^{ten} Juni 1817, insofern solches noch nicht geschehen, bei der Liquidations-Commission einzureichen und sich zur Empfangnahme der ursprünglichen Verschreibungen dergestalt zu legitimiren, wie solches in Unserer Verordnung vom 4^{ten} December 1815 vorgeschrieben worden.

Alle diejenigen aber, welche, obwohl im Besitze von

dergleichen Papieren, dennoch selbige bis zu obstehendem Termine nicht einreichen werden, haben sich es selbst beizumessen, wenn darauf nicht weiter Rücksicht genommen, und ihre Papiere nach Ablauf der obbestimmten Frist als für den Gegenstand der gegenwärtigen Liquidation völlig gleichgültig und werthlos betrachtet werden, und ohne auf die etwaige Existenz von dergleichen Papieren fernere Rücksicht zu nehmen, zur Beendigung des Liquidations-Geschäftes geschritten wird.

§. 8.

Die eingehenden Westphälischen Papiere und sonstigen, nach Unserer Verordnung vom 4^{ten} December 1815 erforderlichen Bescheinigungen werden fernerweit von der Liquidations-Commission geprüft und in Ansehung derselben, so wie der Rückgabe der ältern Verbriefungen, an deren Stelle sie getreten sind, gänzlich nach Vorschrift selbiger Verordnung verfahren.

§. 9.

Weil aber ein Theil der Inhaber Westphälischer, an die Stelle der hiesigen Verbriefungen getretener, Papiere, deren Umtausch bislang aus dem Grunde nicht hat realisiren können, weil derselbe sich nicht in dem Besitze sämmtlicher, für eine ältere Obligation ausgegebener Westphälischer Papiere befand, und die Besitzer des übrigen Anthells selbiger Papiere noch nicht auffinden, oder mit ihnen noch zur Zeit die zum Eintausch der ganzen Obligation erforderliche Uebereinkunft nicht treffen können, so hat nunmehr die Liquidations-Commission, da sie bis zum 30^{sten} Juni k. J. sich im Besitze aller der-

jenigen Papiere befinden muß, auf welche es bei dem jetzigen Liquidations-Geschäfte ankommt, denen, welche nur für einen Theil der ältern Verschreibungen Westphälische Papiere eingeliefert haben, sobald die Papiere über die übrigen Antheile bei ihr eingereicht werden, diejenigen namhaft zu machen, welche solche eingereicht haben werden, damit die dabei interessirten Theile um desto leichter eine Uebereinkunft über den Besiß der ältern Verschreibung in Gemäßheit Unserer mehr erwähnten Verordnung treffen können; wie denn überall die Liquidations-Commission, so wie bisher, auch ferner den Parteien, so viel an ihr ist, mit diensamen Nachrichten an die Hand zu gehen, nicht entstehen wird.

§. 10.

Würden aber demungeachtet die bei einer ältern Verschreibung interessirten Theile sich über denjenigen, welchem solche, insofern über deren gänzlichen Betrag die hinreichenden Legitimationen beigebracht worden, ausgehändigt werden könne, bis zum 31^{ten} Juli 1817 nicht geeinigt haben, so hat die Liquidations-Commission die ältere, mit der §. 4. der Verordnung vom 4^{ten} December v. J. vorgeschriebenen Bemerkung versehenen Obligation, als ein mehreren, über den Besiß nicht einigen Theilen gehöriges Gut, mit den zur Erläuterung dienenden Actenstücken an das Fürstl. Landesgericht einzusenden.

§. 11.

Dem Fürstl. Landesgerichte aber wird hiedurch der besondere Auftrag ertheilt, selbige Verschreibung, nebst dazu gehörigen Acten, in gerichtliche Verwahrung zu

nehmen, und im Falle die Parteien fernerweit sich über den Besiß derselben nicht einigen würden, den Rechten nach zu erkennen, wem unter ihnen der Besiß des Documentes zuzubilligen, und was derselbe den übrigen Interessenten für die Abtretung ihres bisherigen Antheils daran zu leisten schuldig sey.

§. 12.

Würde sich aber nach vollständiger Durchsicht sämmtlicher bis zum 30^{ten} Juni K. J. eingereichter Westphälischer Papiere ergeben, daß in Ansehung einer oder der andern ältern Verbriefung nur ein Theil der dafür ausgelieferten Westphälischen Papiere eingekommen sey, mithin der Rest solcher Papiere als nicht mehr existirend, oder zur Begründung von Ansprüchen an die hiesige Verwaltung auf den Grund älterer Darlehne nicht geeignet, in Gemäßheit des §. 7. dieser Verordnung anzusehen ist, so wird in solchem Falle die Liquidations-Commission hiedurch autorisirt, die ältere Verbriefung an denjenigen, welcher zu der Empfangnahme des liquidirten Antheiles legitimirt ist, verabsolgen zu lassen, nachdem sie unter derselben die Summe, auf welche die Obligation für ihn nur noch gültig bleibt, in gehöriger Form bemerkt haben wird.

Würde aber auch der liquidirte Antheil an einer solchen Verschreibung mehreren Interessenten gehören, welche über den Besiß nicht geeinigt wären, so ist sodann, nachdem die Summe, über welche die Obligation gültig bleibt, darunter gehörig bemerkt worden, in Gemäßheit der vorstehenden §. 10. und 11. zu verfahren.

§. 13.

Da aus den hieselbst vorhandenen Registern über alle diejenigen Obligationen hinreichende Auskunft erhalten werden kann, welche im hiesigen Orte gegen Westphälische Papiere umgetauscht worden, so werden die Interessenten auch daraus diejenigen Nachrichten vollständig erhalten können, welche zu ihrer in Gemäßheit der §. 5. 6. und 7. der Verordnung vom 4^{ten} December 1815 zu beschaffenden Legitimation erforderlich sind, und es bleibt nur noch der Fall übrig, wenn entweder der jetzige Inhaber der Westphälischen Papiere die erforderliche Vollmacht oder Cession von demjenigen, der die hiesige ältere Verschreibung zum Umtausch eingereicht hatte, nicht erhalten könnte, oder der Letztere sich über die Wiederabtretung der betreffenden Westphälischen Papiere mit deren jetzigen Inhaber nicht würde einigen können. In solchem Falle soll die ältere Obligation als ein zwischen beiden Theilen streitiger Gegenstand mit den betreffenden Acten bei Fürstl. Landesgerichte niedergelegt werden, welches den Streit zwischen beiden Theilen im Wege der Güte oder des Rechtes, auszugleichen, hiedurch, so wie in dem §. 11. erwähnten Falle, besonders beauftragt wird.

§. 14.

In Aufsehung derjenigen Verbriefungen aber, welche nicht im hiesigen Orte, sondern in Cassel zum Umtausche gegen Westphälische Papiere ausgeliefert worden, und weshalb es daher hieselbst an den erforderlichen bestimmten Nachrichten ermangelt, ist es lediglich Sache der Interessenten, dasjenige, was zu der vorschriftsmäßigen, Le-

gitimation erforderlich, selbst auszumitteln und herbeizuschaffen; wobei jedoch die Liquidations-Commission, in Gemäßheit des vorstehenden §. 5., so viel an ihr ist, behülflich zu seyn, nicht entstehen wird, den Inhabern selbst aber durch die ihnen ausgehändigten Duplicate der Umtausch-Protocolle, neben den etwa nöthigen Nachrichten über die Personen der ersten Darleiher, als welche ihnen von der Liquidations-Commission ertheilt werden können, Anleitung zu den etwa weiter erforderlichen Nachforschungen gegeben wird.

§. 15.

Sollten bei der fernern Ausführung des Liquidations-Geschäftes sich Anstände ereignen, oder Fälle ergeben, welche durch die gegenwärtige Verordnung ihre Erledigung noch nicht erhalten hätten, so bleibt darüber auf den gutachtlichen Bericht der Liquidations-Commission fernere Verfügung hieburch vorbehalten.

§. 16.

Sämmtliche betreffende Behörden, so wie überhaupt alle diejenigen, welche dieses angeht, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, am 19^{ten} December 1816.

(L. S.)

Auf höchsten Special-Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldorf.
v. Schleinitz.

(18.) Verordnung, die Forderungen betreffend, welche an die Landesverwaltung aus dem Zeitraume vor der Westphälischen Usurpation gemacht worden. D. D. Braunschweig, den 19ten December 1816.

Wir **G E O R G**, von Gottes Gnaden, Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Betters, Herrn Carl, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg.

fügen hiemit zu wissen:

Da nunmehr die Liquidation derjenigen Anforderungen, welche aus dem Zeitraume vor der Westphälischen Usurpation an die hiesige Landesverwaltung gemacht worden, in Gemäßheit des §. 15 Unserer Verordnung vom 4^{ten} December 1815 dergestalt, daß nur noch wenige etwa verspätete dergleichen Anforderungen unangemeldet geblieben seyn können, vorgeschritten, dieses Geschäft auch durch den besondern Eifer der niedergesetzten Liquidations-Commission zum größten Theile so weit beendigt worden, daß alle diejenigen Forderungen, welche vor dem 30^{sten} Juni d. J. angemeldet worden, bis zum Ablaufe des Monats Julius in die verordnete Zusammenstellung

gebracht, und mit dem §. 16 vorgedachter Verordnung erforderten Gutachten Uns vorgelegt, auch die damals hinreichend nachgewiesen gewesenen Forderungen bereits, wie bekannt, zur Zahlung angewiesen sind, über diejenigen Forderungen aber, welche damals noch nicht genügend nachgewiesen waren, oder aber, deren Anmeldung nach dem 30^{ten} Juni d. J. aus besonderer Rücksicht noch nachträglich angenommen worden, der Schlußbericht der Liquidations-Commission zur baldigsten Einreichung vorbereitet, und es zur weitem Verfügung darüber durchaus nothwendig ist, den Gesamtbetrag solcher Forderungen nunmehr endlich vollständig übersehen zu können, und denn diejenigen, welche bislang ihre etwanigen Forderungen weder bis zum vorschristsmäßigen Termine des 30^{ten} Juni d. J., noch auch bis jetzt angemeldet haben, es ihrer eigenen Fahrlässigkeit beizumessen haben würden, wenn selbige nunmehr als verspätet zurückgewiesen würden, so haben Wir dennoch, um selbst hierin alle ohne Nachtheil des Ganzen irgend thunliche Rücksicht zu beweisen, gleichwohl aber die Beendigung dieses Theiles des Liquidations-Geschäftes endlich herbeizuführen, amoch zur nachträglichen Liquidation vorerwähnter, etwa noch rückständiger Anforderungen eine schließliche Frist gestatten wollen, und verordnen demnach hiedurch folgendes:

§. 1.

Alle diejenigen Forderungen, welche Einzelne an die Landesverwaltung aus der vor der Westphälischen Usurpation vorhergehenden Periode zu haben vermeinen, sey

es aus Rückständen, oder aber aus geschehenen Vorschüssen, oder sonstigen ihnen von der Verwaltung aufgetragenen Leistungen und dergleichen, und welche nicht bereits in Gemäßheit des §. 15 Unserer Verordnung vom 4^{ten} December 1815 angemeldet worden, können auf die darin bestimmte Weise noch bis zum Schlusse des Monats Februar k. J. bei der Liquidations-Commission gehörig angemeldet werden, und die Commission wird hiedurch ermächtigt, dergleichen Anmeldungen noch bis dahin anzunehmen.

§. 2.

Nach dem 28^{sten} Februar 1817 aber, werden die Bücher der Liquidations-Commission über dergleichen angemeldete Forderungen geschlossen, mithin fernere Anmeldungen nicht mehr angenommen, und haben daher diejenigen, welche, der bisherigen Nachsicht und der jetzt bestimmten Schlußfrist ungeachtet, ihre etwaigen Ansprüche binnen selbiger nicht werden angemeldet haben, es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie nachher damit als verspätet zurückgewiesen werden.

§. 3.

Die Commission hat die bislang eingekommenen Anmeldungen, so wie auch diejenigen, welche bis zum 28^{sten} Februar 1817 noch ferner eingebracht werden möchten, in Gemäßheit der §. 15 und 16 vorangezogener Verordnung zu prüfen, und damit, so wie auch in Ansehung ihres darüber zu erstattenden Gutachtens, nach deren Anleitung weiter zu verfahren: die nachträgliche Uebersicht sämtlicher solcher Forderungen aber mit ihrem Gut

achten Uns im Laufe des Monats März 1817 zu weiterer Verfügung vorzulegen.

§. 4.

Alle diejenigen, welche dieses angeht, haben sich dieses zur Nachricht und Nachachtung dienen zu lassen, und wird besonders die Liquidations-Commission angewiesen, über Vorstehendes pünktlich zu halten, und keine Anfordernngen mehr anzunehmen, welche nach Ablauf des Monats Februar 1817 etwa noch angemeldet werden sollten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, am 19^{ten} December 1816.

(L. S.)

Auf höchsten Special-Befehl

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldbeck.
v. Schleinitz.

- (19.) Verordnung, die Zahlung der zweiten Hälfte des Betrages der bei Fürstl. General-Casse ausgestellten Zins-Rückstandsscheine betreffend. D. D. Braunschweig, den 19ten December 1816.

Wir *GEORG*, von Gottes Gnaden, Prinz-Regent des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland, auch des Königreichs Hannover, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg &c. In vormundtschaftlicher Regierung Unsers vielgeliebten Veters, Herrn *Carl*, Herzogs zu Braunschweig-Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Es gereicht Uns zur besondern Zufriedenheit, durch das Uns vorliegende Resultat des hiesigen Finanz-Zustandes Uns in der Lage zu befinden, nunmehr über den noch unbefriedigt gebliebenen Theil derjenigen Forderungen, deren Berichtigung die Gläubiger des hiesigen Staates mit Rechte erwarten können, im Verfolge Unserer Verordnung vom 6^{ten} May d. J. fernerweit, und zwar so viel die rückständigen Zinsen betrifft, schließlich verfügen zu können, und verordnen Wir demnach hieburch Folgendes:

§. 1.

Die nach Vorschrift Unserer Verordnung vom 4^{ten}

December d. J. ausgefertigten Scheine über rückständige Zinsen, deren Bezahlung zur Hälfte bereits in Unserer Verordnung vom 6^{ten} May d. J. verfügt worden, sollen nunmehr im Laufe des bevorstehenden Jahres 1817 vollständig bezahlt, und solchemnach sämmtliche, seit dem 1^{sten} November 1813 rückständig gebliebene Zinsen der hiesigen öffentlichen Schuld, so weit solche liquidirt worden, völlig abbezahlt werden.

§. 2.

Die Bezahlung des noch unberichtigt gebliebenen Theiles der Zinsrestscheine geschieht gegen Auslieferung des solchergestalt nunmehr gänzlich berichtigten Scheines und Quittung des Empfängers neben der Bezahlung der laufenden Zinsen, in Gemäßheit des § 11 Unserer Verordnung vom 4^{ten} December 1815 und bei Gelegenheit der ersten im Laufe des Jahres 1817 an den Empfänger zu leistenden Zinszahlung, dergestalt, daß bei der nächst bevorstehenden Zinsempfangnahme auch die rückständig gebliebenen Zinsen vollständig berichtet werden.

§. 3.

Die Fürstl. General-Casse hat die solchergestalt nunmehr gänzlich berichtigten Zinsrestscheine zu ihrer Rechnung zurückbehalten, und daß die rückständigen Zinsen sammt den laufenden berichtet worden, unter der von dem Empfänger vorzuzeigenden und demselben zurückzugebenden Original-Obligation zu bemerken.

§. 4.

Die verhältnißmäßig geringe Anzahl der hiesigen Staatsgläubiger, welche wegen noch nicht beendigter Li-

liquidation ihrer Forderungen mit Zinsrückstands-Scheinen noch nicht versehen sind, können ihre rückständigen Zinsen nicht eher, als nach beendigter Liquidation, wie solches die Verordnung vom 4^{ten} December 1815 vorschreibt, erhalten, sie haben aber sodann bei der ersten an sie zu leistenden Zinszahlung bei der Fürstl. General-Casse neben der Zahlung der laufenden Zinsen auch zugleich die des ganzen Betrages ihrer rückständigen Zinsen ohnschulbar zu gewärtigen.

§. 5.

So wie die Verordnungen vom 4^{ten} December 1815 und 6^{ten} May 1816, ist auch die gegenwärtige ausnahmsweise auf die wegen des hiesigen Schloßbaues entstandene Schuld anwendlich.

§. 6.

So wie bereits im Laufe des gegenwärtigen Jahres auf die Abführung auch anderer, als richtig anerkannter Rückstände thunlichst Bedacht genommen worden, so soll auch wegen deren fernern almaliger Rückzahlung, so wie die Liquidation derselben, fortgeschritten und es den Umständen nach thunlich seyn wird, weitere Versüßung erfolgen.

§. 7.

Die Fürstl. General-Casse sowohl, als alle diejenigen, welche dieses angeht, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten
Fürstl. Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, am 19^{ten} December 1816.

(L. S.)

Auf höchsten Special = Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phisfeld.
v. Schleinitz.

(20.) Verordnung, die abermalige Verlängerung der
Frist zur Anmeldung der Hypotheken betreffend. D.
D. Braunschweig, den 23sten December 1816.

GEORG, von Gottes Gnaden Prinz = Re-
gent des vereinigten Königreichs Großbritan-
nien und Irland, auch des Königreichs Han-
nover, Herzog zu Braunschweig = Lüneburg &c.
In vormundtschaftlicher Regierung Unsers
vielgeliebten Vatters, Herrn Carl, Her-
zogs zu Braunschweig = Lüneburg &c.

Wir finden durch besondere Gründe Uns bewogen,
die durch die Verordnung vom 7^{ten} Junius d. J. noch

malß verlängerte Frist zur Anmeldung hypothekarischer Rechte, hiedurch abermalß bis zum 31^{sten} December k. J. zu erstrecken, und sollen daher sämmtliche vor dem 1^{sten} Januar 1818 vorschriftsmäßig angemeldete Hypotheken die ihnen zustehende Rangordnung behalten, die nach diesem Termine angemeldeten Hypotheken aber, von dem Zeitpunkte der geschehenen Anmeldung angerechnet, ihren Rang erhalten.

Es verbleibt übrigens bei den in der Verordnung vom 23^{sten} May 1814 enthaltenen Bestimmungen wegen der gesetzlichen und stillschweigenden Hypotheken, so wie wegen der der Landesherrschaft oder der öffentlichen Cassen zustehenden Forderungen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 23^{sten} December 1816.



Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf v. d. Schulenburg. v. Schmidt-Phiseldack.
v. Schleinitz.

2219 018
